

# E & W

Erziehung & Wissenschaft

Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW 12/23\_01/24

GEW

## MOBILITÄT im Bildungssystem

### REFORMBEDARF

Nicht-gymnasiale Schulen sind gegenüber Gymnasien benachteiligt. Das muss sich ändern. **Seite 24**

### UNÜBERHÖRBAR

Ein dreiviertel Jahrhundert lautstark für Chancengleichheit – Interview zu 75 Jahren GEW. **Seite 30**

### KAHLSCHLAG

Das Goethe-Institut plant die Schließung von Standorten in Westeuropa. Dagegen regt sich Protest. **Seite 38**



## GÜNSTIGE GRUPPENREISEN MIT DER BAHN

Drei reale Beispiele aus unserer täglichen Arbeit:

### Klassenfahrt Inland

- Frankfurt a. M. - Stralsund
- Angebot aus Januar 2022 für Mitte Mai 2022
- einfache Fahrt
- 16 Personen ab 15 Jahre
- 40 Personen bis einschließlich 14 Jahre

Bei uns nur  
**20,56 €** p. Person

Insgesamt sparen Sie

**856,- €\*  

---**

### Klassenfahrt Ausland

- Köln nach Straßburg (F)
- Angebot aus Januar 2022 für Fahrt Montag auf Freitag im Mai 2022
- Schnellfahrstrecke via FFM
- Hin- und Rückfahrt
- 4 Personen ab 15 Jahre
- 20 Personen bis einschließlich 14 Jahre

Bei uns nur  
**41,70 €** p. Person

Insgesamt sparen Sie

**507,20 €\*  

---**

### Klassenfahrt Ausland

- Berlin - Innsbruck (A)
- Angebot aus Januar 2022 für Juni 2022
- Hin- und Rückfahrt
- 14 Personen ab 15 Jahre, davon 4 Begleitpersonen
- 16 Personen bis einschließlich 14 Jahre

Bei uns nur  
**50,97 €** p. Person

Insgesamt sparen Sie

**1.047,- €\*  

---**

Diese Preise gelten auch für jeden anderen Zielbahnhof in Tirol.

### Ihre Klasse kommt auch günstiger ans Ziel!

Diese großen Ersparnisse können wir in zwei von drei Anfragen erzielen - von und bis zu jedem Bahnhof in Deutschland sowie den angrenzenden Nachbarländern.

Nutzen Sie unsere langjährige Expertise für Ihre klimafreundliche Klassenfahrt dank unserer Hand- und Kopfarbeit im Tarifdschungel. Sie ist nicht durch Computeralgorithmen zu ersetzen.

**Fragen auch Sie gerne bei uns kostenfrei und unverbindlich an!**

\* Ersparnis gegenüber eigener Buchung woanders.

# INHALT

<b>Impressum</b>	<b>3</b>
<b>Auf einen Blick</b>	<b>4</b>
<b>Prämie des Monats</b>	<b>5</b>

Schwerpunkt

## Mobilität im Bildungssystem



Zuwanderung: Es knirscht und kracht im Gebäk	6
Fachkräftemangel: Fehlende Anerkennung	10
Gastbeitrag: Bildung – Chance für Deutschland	14
Arbeitsplatzwechsel: Die Grenzen der Freiheit	18
Auslandsmobilität in der Wissenschaft	22

## Schule

Interview: Neue Schulstrukturdebatte notwendig	24
------------------------------------------------	----

## Jugendhilfe und Sozialarbeit

Zeugnisverweigerungsrecht in der Sozialarbeit	26
-----------------------------------------------	----

## Tarifrunde Länder

Verhandlungsrunden und Warnstreiks: Mehr Geld	29
-----------------------------------------------	----



## 75 Jahre GEW

Interview: „75 Jahre laut für Chancengleichheit“	30
--------------------------------------------------	----

## Gesellschaftspolitik

Wirtschaftsmärchen: Einkommensteuer	36
-------------------------------------	----

## Hintergrund: Goethe-Institut

Institute in Europa: Kahlschlag bei Goethe	38
Kritik an geplanten Schließungen in Frankreich	40

## fair childhood

(Un-)Faires Spielzeug: Traurige Barbie	42
----------------------------------------	----

## Mitgliederforum

	44
--	----

## Diesmal

	48
--	----

### Impressum

Erziehung und Wissenschaft · 75./76. Jg.  
ehemals: Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung

### Herausgeberin

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Vorsitzende: Maike Finnern

### Redaktion

Ulf Rödde (Leitung), Jürgen Amendt, Katja Wenzel  
Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt am Main  
Telefon 069 78973-0, Fax 069 78973-202

### Gestaltung

Werbeagentur Zimmermann GmbH, Frankfurt am Main  
www.zplusz.de

### Verlag mit Anzeigenabteilung

Stamm Verlag GmbH, Essen  
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller  
Telefon 0201 84300-0, E-Mail: anzeigen@stamm.de  
www.erziehungundwissenschaft.de

**Anzeigenschluss:** am 5. des Vormonats



ISSN 0342-0671

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers bzw. der Verfasserin gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Nutzungsrechte für digitale Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG unter [www.presse-monitor.de](http://www.presse-monitor.de).

Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Brutto-Bezugspreis p.a. 7,20 € zzgl. 11,30 € Zustellgebühr.

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

E&W im Web: [www.gew.de/ew](http://www.gew.de/ew)

## GEWOLUTION 2024

„Kritik. Praxis. Utopien.“ – unter diesem Motto findet vom 17. bis 20. Mai 2024 in Erkner bei Berlin die jährliche GEW-Jugendkonferenz „GEWolution“ statt. GEW-Mitglieder, die unter 35 Jahre alt sind, können sich im Bildungszentrum Erkner auf Workshops, spannende Vorträge und engagierte Diskussionen rund um den Themenkomplex „emanzipatorische Bildung“ freuen. In den Workshops wird es unter anderem um die Herausforderungen gehen, die der Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der betrieblichen Bildung und Weiterbildung mit sich bringt. In einem weiteren Workshop werden Techniken und Übungen vermittelt, mit deren Hilfe die eigene Stimme im pädagogischen Alltag entlastet werden kann. Anmeldungen und weitere Infos werden ab Mitte Dezember 2023 auf [gew.de](http://gew.de) veröffentlicht.



## URTEIL ZU WERBUNGSKOSTEN

*Aufwendungen für eine ehrenamtliche gewerkschaftliche Tätigkeit* sind für Beamtinnen und Beamte im Ruhestand als Werbungskosten bei Versorgungsbezügen zu berücksichtigen. Dies entschied der Bundesfinanzhof (BFH) in einem Urteil vom 28. Juni 2023 (Aktenzeichen VI R 17/21). Geklagt hatte in dem mit dem Rechtsschutz der GEW geführten Verfahren eine pensionierte Landesbeamtin, die bis zu ihrer Pensionierung hauptamtlich für die GEW tätig war und hierfür von ihrem Dienstherrn freigestellt wurde. Seit dem Eintritt in den Ruhestand ist sie in verschiedenen Gremien der GEW ehrenamtlich aktiv. Die mit ihrer Einkommensteuererklärung als Werbungskosten geltend gemachten Aufwendungen wurden vom zuständigen Finanzamt abgelehnt. Eine Klage dagegen vor dem Finanzgericht war erfolgreich. Die von dem Finanzamt eingelegte Revision wurde vom BFH nun zurückgewiesen. Das Gericht wies zur Begründung unter anderem darauf hin, dass der erforderliche Veranlassungszusammenhang mit den Versorgungsbezügen vorliege, weil die Gewerkschaftsarbeit der Klägerin und die dadurch bedingten Aufwendungen auch auf die Verbesserung ihrer Einkünfte als Ruhestandsbeamtin zielten.

## PLASSMANN'S RÜCKBLICK

Zum Jahreswechsel blickt der Karikaturist Thomas Plaßmann, dem auch die E&W zahlreiche wunderbare Zeichnungen verdankt (s. „Diesmal“, Seite 48), in „Unterm Strich“ humorvoll und pointiert auf das Jahr 2023 zurück.



Thomas Plaßmann: Unterm Strich, Klartext-Verlag, Essen 2023, 128 Seiten

## **GEW-Mitgliedsbeitrag für Geringverdiener sinkt**

Die Inflation der vergangenen zwei Jahre hat auch viele GEW-Mitglieder finanziell belastet – trotz der Erfolge der Gewerkschaften in den Tarifverhandlungen. Deshalb wird für Mitglieder mit geringem Einkommen bzw. für Kolleginnen und Kollegen in Elternzeit ab 1. Januar 2024 der Mindestbeitrag von 12,09 Euro auf 7,93 Euro gesenkt. Dieser Schritt festigt die soziale Staffelung der Mitgliedsbeiträge. Wer arbeitslos ist, zahlt weiterhin den reduzierten Beitrag von derzeit 4,03 Euro im Monat, Referendarinnen und Referendare zahlen 4 Euro. Auch die anderen Beitragssätze bleiben unverändert: Beamtinnen und Beamte zahlen 0,85 Prozent, Angestellte in tarifgebundenen Betrieben 0,77 Prozent, in nicht tarifgebundenen Betrieben 0,7 Prozent ihres Bruttogehalts. Mitglieder, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind und Probleme haben, den Mitgliedsbeitrag zu zahlen, wenden sich bitte an die Mitgliederverwaltung ihres Landesverbandes. Wer nach der Elternzeit wieder in den Beruf einsteigt, das Referendariat abgeschlossen hat oder nach überstandener Arbeitslosigkeit wieder berufstätig ist, wird gebeten, sich ebenfalls bei der Mitgliederverwaltung des Landesverbandes zu melden und dies mitzuteilen. Vielen Dank dafür!

Nick Strauss, Schatzmeister der GEW

# PRÄMIE DES MONATS



## Dezember/Januar: Spenden

Eine Spende in Höhe von 40 Euro für die GEW-Stiftung „fair childhood“ oder den Heinrich-Rodenstein-Fonds für verfolgte Gewerkschafter\*innen



**Mitmachen lohnt sich!**

Ein neues GEW-Mitglied werben und  
Deine tolle Prämie gleich online anfordern:

[www.gew.de/praemie](http://www.gew.de/praemie)



Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordere den Prämienkatalog an!

Per E-Mail: [mitglied-werden@gew.de](mailto:mitglied-werden@gew.de) | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211 oder per Coupon:

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon in Druckschrift vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

# ES KNIRSCHT UND KRACHT

---



DEUTSCHLAND HAT SEIT VIELEN JAHREN EINEN POSITIVEN WANDERUNGSSALDO. DAS BILDUNGSSYSTEM WIRD DADURCH VOR GROSSE HERAUSFORDERUNGEN GESTELLT.

# IM GEBÄLK



Foto: IMAGO/Christian Ohde

**MATTHIAS HOLLAND-LETZ**  
freier Journalist

*Deutschland ist ein Einwanderungsland. Was bedeutet das für Schulen, Kitas und Hochschulen?*

**K**öln-Finkenberg. In den Hochhäusern des Stadtteils leben viele Zugewanderte. Die Arbeitslosenquote ist hoch. „Wir arbeiten im sozialen Brennpunkt“, sagt Gina Hellerling, Schulleiterin der Gemeinschaftsgrundschule (GGS) Konrad-Adenauer-Straße 20. „Migrantenanteil 99 Prozent“, erläutert die 65-Jährige. Viele Kinder sprächen kein oder wenig Deutsch, wenn sie eingeschult werden. Hinzu komme mangelnde Schulfähigkeit bei einem Teil der Erstklässler. „Sie können keinen Stift halten und nicht allein zur Toilette gehen“, berichtet die Schulleiterin. Der Grund? Die Kinder seien „überbehütet“, erhielten von ihren Eltern kaum Freiraum. Dies sei vor allem bei Familien aus dem arabischen Raum zu beobachten.

## **Fachkräftemangel behindert Integration.**

Deutschland im Herbst 2023. Schulen, Kitas und Hochschulen bemühen sich nach Kräften, auch Kindern, Jugendlichen und Studierenden mit Flucht- oder Migrationsbiografie gerecht zu werden. Doch es knirscht und kracht im Gebälk der Bildungsinstitutionen. „Alarmstufe rot für unser Schulsystem“, lautet der Hilferuf einer Hamburger Schulleitung im Rahmen einer GEW-Umfrage. Bundesweit sind Zehntausende Stellen für Lehrkräfte entweder gar nicht oder mit Quereinsteigenden besetzt. An den Kitas werden über 300.000 Erzieherinnen und Erzieher gebraucht, um den Betreuungsbedarf zu decken und sicherzustellen, dass für alle Plätze ein kindgerechter Personalschlüssel gilt. An Hochschulen sorgen etwa aufenthaltsrechtliche Probleme dafür, dass Frauen und Männer mit Fluchtgeschichte nicht im Studium Fuß fassen.



>>> Die GGS in Finkenberg ist als „Familiengrundschulzentrum“ (FGZ) anerkannt. Das heißt unter anderem: Bildungs- und Beratungsangebote richten sich auch an Mütter und Väter. Dafür gibt es Fördermittel der Stadt Köln und des Landes Nordrhein-Westfalen. „Wir haben uns zur Aufgabe gemacht, die Familien in die Schule zu holen“, sagt Hellerling. Die Schule hat allerdings die Erfahrung gemacht, dass zugewanderte Eltern auf Einladungen der Schule oft mit Abwehr reagieren. „Viele haben in ihrer eigenen Schulzeit repressive Erfahrungen gemacht“, betont Hellerling. Kurdische Eltern aus dem Irak berichteten, dass ihnen verboten war, in der Schule Kurdisch zu sprechen – „und das ist mit körperlicher Gewalt durchgesetzt worden“. In Bulgarien und Rumänien hätten Roma erlebt, dass ihnen der Unterrichtsbesuch verboten wurde. „Es gab zwar die Schulpflicht, aber sie wurden von den Lehrern wieder nach Hause geschickt“, erzählt Hellerling.



*Wir haben uns zur Aufgabe gemacht,  
die Familien in die Schule zu holen.*



GINA HELLERLING,  
SCHULLEITERIN AUS KÖLN

Damit Integration gelingt, bedarf es nicht nur eines guten Unterrichts, der Zuwendung und einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit den Eltern. „Rund ein Drittel junger Geflüchteter benötigt therapeutische Begleitung“, meldet die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS). Schulen und Kindertagesstätten hätten „großen Orientierungsbedarf beim Umgang mit traumatisierten Kindern“. Doch sind Kitas darauf eingestellt?

Ein Blick nach Sachsen. „Wir schätzen, dass in Leipzig zwischen 2.000 und 5.000 Betreuungsplätze fehlen“, schreibt die Leipziger Kita-Initiative auf ihrer Homepage. Und wer einen Platz gefunden hat, werde mit weiteren Problemen konfrontiert: „Wir bekommen mit, wie überforderte, gestresste und schlecht gelaunte Erzieherinnen zu den Bezugspersonen unserer Kinder werden.“ Dies sei verständlich, müsse doch eine Erzieherin bis zu 18 Kinder betreuen. Laut gesetzlichem Betreuungsschlüssel für Sachsen liegt die Höchstgrenze bei zwölf Kindern pro

Erzieherin. „Wir haben einen massiven Fachkräftebedarf im Kita-Bereich“, erklärt Marika Tändler-Walenta, familienpolitische Sprecherin der Linken im sächsischen Landtag. Gleichwohl bemüht sich auch Sachsen, die Integration an Kindertagesstätten voranzutreiben. „WillkommensKITAs“ nannte sich ein Programm der DKJS, an dem sich im Freistaat 88 Kitas und Horte beteiligten – und das Ende 2022 auslief. „Mithilfe des Programms baut sich die Kita ein lokales Unterstützungsnetzwerk auf“, steht auf der Projekt-Webseite. Es galt, Kontakte auch zu den Leitungen von Asylunterkünften, Ausländerbeauftragten oder Beratungsstellen zu knüpfen. Die beteiligten Kitas erhielten jeweils drei Jahre lang „fachliche Unterstützung durch Coaching und Fortbildung“; zusätzliche pädagogische Fachkräfte wurden indes nicht finanziert. Also nur ein Tropfen auf den heißen Stein? Esther Uhlmann von der DKJS verneint. Das Programm habe durchaus Wirkung entfaltet. Die Kitas benötigten „den Blick von außen, Begleitung bei der Weiterentwicklung der Einrichtungen und Reflexion ihrer Prozesse“. Allerdings hätten die teilnehmenden Einrichtungen zurückgemeldet, „dass noch mehr Entwicklung stattfinden könnte, wenn mehr Personal zur Verfügung stünde“.

### Sprachbarriere oft ein Problem

Ortswechsel. Wir treffen Ghaith, 33 Jahre, aus Syrien. 2015 floh er nach Deutschland, belegte Sprachkurse. 2020 begann er, in einer westdeutschen Großstadt Betriebswirtschaftslehre zu studieren. Um sich zu finanzieren, arbeitet er halbtags in einer Bank. „Arbeit und Studium klappt nicht“, klagt der junge Mann. Kopfzerbrechen bereitet ihm außerdem, wenn es an der Uni um Wirtschaftsrecht geht. „Mit der juristischen Sprache habe ich Probleme, immer noch.“ Ghaith überlegt nun, das Studienfach zu wechseln.

An den Hochschulen in Deutschland studieren rund 2,9 Millionen Menschen. 30.000 von ihnen seien Geflüchtete, schätzt Michael Grüttner, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung in Hannover. Was muss eine Uni oder Fachhochschule tun, um Studierwillige mit Fluchtbiografie zu fördern? Wichtig sei neben der Beratung die „akademische Integration“, antwortet Grüttner. „An manchen Hochschulen wird versucht, sehr früh eine Integration von Sprachkursen mit dem Studienalltag vorzunehmen.“ Bevor das C-1-Sprachniveau erreicht sei, besuchten Geflüchtete die ersten Fachkurse. „Damit



man früh merkt: Ah, so funktionieren die Seminare, die Vorlesungen, die Lerngruppen.“ Dies müsse, so Grüttner, mit „sozialer Integration“ verzahnt werden.

Unterstützung leistet zum Beispiel der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) mit dem Projekt „Welcome – Studierende engagieren sich für Flüchtlinge“, finanziert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Derzeit fördert der DAAD 162 „Welcome“-Projekte. Trotz der Hilfsprogramme an vielen Hochschulen gilt: „Schwierigkeiten bei der Finanzierung des Lebensunterhalts, der Vereinbarkeit von Arbeit und Familie mit dem Lernen und aufenthaltsrechtliche Fragen“ sorgen dafür, dass etliche Studierwillige scheitern, erklärt Grüttner. Zahlen dazu gebe es allerdings nicht. ■

## Zuwanderung

2022 sind laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) rund 482.000 Bürgerinnen und Bürger aus Ländern der Europäischen Union (EU) nach Deutschland eingewandert. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der zugewanderten EU-Staatsangehörigen um 2,8 Prozent. Die meisten EU-Einwanderinnen und -Einwanderer kamen aus Rumänien (rund 161.000), Polen (79.000) und Bulgarien (60.000). Im gleichen Zeitraum wanderten rund 338.000 EU-Bürgerinnen und -Bürger ab – in der Mehrzahl rumänische, polnische und bulgarische Staatsbürgerinnen und -bürger. Die drei Länder machen mit mehr als 60 Prozent den Großteil der Zu- und Fortzüge der EU-Staatsangehörigen aus.

Zusätzlich sorgt seit Februar 2022 der Angriffskrieg Russlands für Zuwanderung aus der Ukraine. Laut Mediendienst Integration lebten im September 2023 etwa 346.000 ukrainische Kinder und Jugendliche, die jünger als 18 Jahre waren, in Deutschland. Aktuell steigen die Zuwanderungszahlen auch aus anderen Ländern wieder an. Von Januar bis September 2023 baten 251.213 Menschen um Asyl – ein Plus von 73 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Laut Angaben der Bundesregierung ist mehr als ein Drittel der Geflüchteten minderjährig.

MHL

**ROSA LUXEMBURG STIFTUNG**

## ATLAS DER MIGRATION NEUE DATEN UND FAKTEN ÜBER MENSCHEN IN BEWEGUNG

Migration hat viele Realitäten und Facetten. Dieser Atlas wirbt für einen differenzierten Umgang mit ihr. Er ist Informations- und Bildungsmaterial zugleich. Er eignet sich für alle Lehrenden, die das Thema im Unterricht behandeln wollen. Zahlreiche Karten und Illustrationen begleiten die einzelnen Kapitel. Er kann in Klassensatzstärke kostenfrei bestellt werden.

### ATLAS DER MIGRATION Neue Daten und Fakten über Menschen in Bewegung

4. Auflage, 62 Seiten, Broschur  
November 2022, mit Bildungsmaterial

Download + Bestellung unter:  
[www.rosalux.de/publikation/id/49454](http://www.rosalux.de/publikation/id/49454)



**L!NX**  
was sonst?!

Der Atlas wird auf unserer **Bildungsplattform LINX** begleitet von extra Bildungsmaterial – Karten – Quiz – Kreuzworträtsel unter <https://linx.rosalux.de/themen/atlas-der-migration>



# „IHRE DIPLOME KÖNNEN SIE ALLE WEGWERFEN“

AUFGEZEICHNET VON CHRISTOPH RUF  
freier Journalist

*Zugewanderte helfen, den Fachkräftemangel im Bildungswesen zu lindern. Doch im Ausland erworbene Abschlüsse müssen, so die Vorgaben, mit hiesigen Ausbildungen vergleichbar sein. Das setzt der Arbeitsmobilität Grenzen, wie zwei Beispiele zeigen.*

**„Wenn du Glück hast, kriegst du hier alles – wenn du kein Glück hast, kriegst du nichts.“**

**Nevin Takieddin, Lehrerin aus Damaskus, Syrien**

In Damaskus habe ich Bibliotheksinformatik und Grundschulpädagogik studiert, ich habe in Syrien als Grundschullehrerin gearbeitet. Als ich nach der Flucht in Deutschland ankam, wollte ich sofort arbeiten. Ich habe eingesehen, dass mein Bibliotheksstudium nicht anerkannt wurde. Aber mit Magisterabschluss und vier Jahren Pädagogik-Studium sollte ich hier gar nicht weiterkommen? Das hat jedenfalls die Sachbearbeiterin beim Jobcenter gesagt: „Ihre Diplome können Sie alle wegwerfen.“ Die hat sie nicht mal angeschaut. In Deutschland sind die Gesetze gut. Aber was nützt dir das, wenn eine Sachbearbeiterin so viel Macht hat? In Syrien ist vieles unstrukturiert, wer Beziehungen hat, muss nicht qualifiziert sein, das ist schrecklich. Hier hingegen werden alle über einen Kamm geschoren, ob sie motiviert sind oder nicht. Und: Man wird hier selten gelobt oder auf Chancen hingewiesen.



Foto: Christoph Ruf

NEVIN TAKIEDDIN WAR IN SYRIEN LEHRERIN. IHRE ABSCHLÜSSE WURDEN IN DEUTSCHLAND NICHT ANERKANNT. HEUTE ARBEITET SIE ALS ERZIEHERIN IN EINEM SCHÜLERHORT IN KARLSRUHE.

In Syrien habe ich in den ersten Grundschulklassen als Lehrerin gearbeitet. Dass das hier nicht geht, verstehe ich: Wie soll ich den Kindern die deutsche Grammatik beibringen, wenn ich sie selbst nicht beherrsche? Um hier als Lehrerin arbeiten zu können, hätte ich noch mal zwei, drei Jahre studieren müssen. Und ich hätte Sprachniveau C2 haben müssen. Das hätte ich nicht geschafft. Aber ich kann jetzt immerhin schon eine Weile als Erzieherin arbeiten. Damit bin ich zufrieden. Nach dem Schock mit der ersten Sachbearbeiterin und einem Umzug hatte ich Glück. Und zwar mit der Beratungsstelle speziell für Frauen – hier in Karlsruhe. Die haben mir gesagt, dass meine syrischen Zeugnisse okay sind und anerkannt würden. Und plötzlich hatte ich auch im Jobcenter einen netten, guten Sachbearbeiter, der sich gekümmert hat. Recht schnell kam dann ein offizielles Schreiben, dass ich gute Chancen auf einen Job in Deutschland hätte, wenn ich entweder eine sechsmonatige Weiterbildung mit anschließender Prüfung mache oder ein einjähriges Praktikum mit Abschlussarbeit. Ich habe das Praktikum gemacht – bei meinem jetzigen Arbeitgeber. Unbezahlt, das Geld kam vom Jobcenter.

Aber ich wollte unbedingt unter Menschen, um endlich die Sprache besser zu lernen. Nach dem Praktikum bin ich dann in der „Kinderinsel“ übernommen worden – es ist ein großes Glück, hier zu arbeiten: Meine Chefin ist ein guter, hilfsbereiter Mensch. Ich werde dieser Frau immer dankbar sein, es wäre so schön, wenn mehr Menschen wie sie wären. Unter uns Kolleginnen und Kollegen sind wir alle ein Herz und eine Seele. Wenn ein Kind Hilfe braucht, sind alle da und helfen. Alle sind offen, alles ist multikulti, jeder wird so angenommen, wie er ist, keiner lacht einen aus.

Vor fast zwei Jahren habe ich die Einbürgerung beantragt. Das Amt hat alle Unterlagen, Führungszeugnis, Empfehlungsschreiben vom Arbeitgeber. Aber wenn ich auf dem Amt anrufe, heißt es nur, sie hätten kein Personal, ich solle mich gedulden. „Wenn du Glück hast, kriegst du hier alles“, sagen viele Ausländer. Ich denke dann immer: „Und wenn du kein Glück hast, kriegst du nichts.“ Das hier ist doch eine Demokratie. Da sollte es um dein Recht gehen und nicht darum, etwas nur mit Glück zu bekommen.



# didacta

## die Bildungsmesse

**Köln, 20.–24. Februar 2024**

Alles zur didacta erfahren auf  
**didacta-messe.de**



Ideeller Träger  
**didacta**  
Verband der Bildungswirtschaft

Schirmherrschaft  
Ministerium für  
Schule und Bildung  
des Landes Nordrhein-Westfalen



 koelnmesse

Koelnmesse GmbH, Telefon +49 1806 002 400\*

\*(0,20 EUR/Anruf aus dem dt. Festnetz; max. 0,60 EUR/Anruf aus dem Mobilfunknetz)

>>> „Ich glaube, sie wollen eigentlich nicht, dass Leute, die aus dem Ausland kommen, sofort hier arbeiten können.“

Aida Meyer, Lehrerin aus Kaunas, Litauen

Ich wollte schon immer ins Ausland. Da lag Deutschland nahe, zumal ich bereits in der Schule ein paar Jahre Deutsch gelernt hatte. Ich hatte bereits 14 Jahre in meiner Heimatstadt Kaunas als Lehrerin gearbeitet, als ich sah, dass in Deutschland Schulbegleiter gesucht



Foto: Christoph Ruf

AIDA MEYER HAT IN LITAUEN GRUNDSCHULPÄDAGOGIK STUDIERT UND ALS LEHRERIN GEARBEITET. SIE HAT EINE ZEUGNISBEWERTUNG ALS BACHELOR PROFESSIONAL DER ERZIEHUNGSWISSENSCHAFTEN IN DEUTSCHLAND ERHALTEN, KANN ABER HIER WEDER ALS LEHRERIN NOCH ALS SCHULBEGLEITERIN ARBEITEN. HEUTE IST MEYER ALS ERZIEHERIN AN EINER GANZTAGSSCHULE IN KARLSRUHE BESCHÄFTIGT.

werden. Ich habe dann schon aus Litauen Bewerbungen geschickt. Leider habe ich nur Absagen bekommen. In Karlsruhe musste ich dann feststellen, dass meine Abschlüsse nicht anerkannt werden und ich deshalb nicht als Schulbegleiterin arbeiten kann. Eine Begründung gab es im Jobcenter nicht. Sie haben meine Diplome angeguckt, sich bedankt – und das war’s. Ich glaube, sie wollen eigentlich nicht, dass Leute, die aus dem Ausland kommen, hier sofort arbeiten können. Ich habe damals nicht so gut Deutsch gesprochen wie heute, denke aber, es wäre ausreichend gewesen. Man liest ja überall, dass Lehrerinnen und Lehrer gesucht werden – Schulbegleiterinnen und -begleiter natürlich auch. Wenn sie mir gesagt hätten: Wir brauchen Sie und helfen Ihnen ein bisschen mit Sprachkursen ... das soll jetzt nicht arrogant klingen, aber ich weiß, das hätte ich geschafft. Interessant ist auch, dass Lehrerinnen und Lehrer in Litauen alle Fächer unterrichten müssen, außer Musik. Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern der Europäischen Union haben oft nur ein Fach studiert und unterrichtet. Abgelehnt wird man in Deutschland aber häufig in beiden Fällen. Ich habe dann erst mal vier Jahre lang beim Roten Kreuz gearbeitet, in der häuslichen Pflege. Das war interessant, um die Leute und die deutsche Mentalität kennenzulernen. Aber mein Rücken hat gestreikt. Dann las ich, dass die Stadt Karlsruhe Erzieherinnen sucht. Und siehe da, der Stadtjugendausschuss hat meine Zeugnisse anerkannt, so dass ich seit einem Jahr als Erzieherin arbeiten kann – als Schwangerschaftsvertretung, befristet bis Mai. Aber die Kolleginnen und Kollegen haben mir gesagt, dass ich danach weitermachen kann. Das wäre toll. Wenn ich gewusst hätte, dass es Ganztagschulen gibt und man da auch als Erzieherin arbeiten kann, hätte ich mich sofort beworben, das hier kommt mir noch mehr entgegen als Schulbegleitung. Ich mache zur Hälfte Dinge, die ich in Litauen auch als Lehrerin getan habe. Die Ausbildungen als Lehrerin oder Erzieherin sind dort auch nicht so abgegrenzt wie hier. Vor fünf Monaten habe ich beantragt, dass ich auch offiziell als examinierte Erzieherin anerkannt werde. Auf dem Amt hieß es, dass ich vielleicht, um die Anerkennung zu bekommen, noch ein Jahr Praktikum im Kindergarten machen müsse. Aber über das Was-wäre-wenn kann ich mir ja Gedanken machen, sobald das Schreiben vom Amt kommt. Sie haben mir aber schon gleich damals im Juni gesagt, dass es sehr lange dauern wird. Auch bei den Behörden fehlt Personal. ■

# Tschüss Schule, hallo Welt!

Wie soll es nach der Schule weitergehen? Mit weltwärts engagieren sich junge Menschen in einem Projekt im Ausland.

Ein Freiwilligendienst bietet viele Chancen: andere Kulturen kennenlernen, Sprachkenntnisse verbessern und neue Perspektiven entdecken. Ein Gewinn für alle.

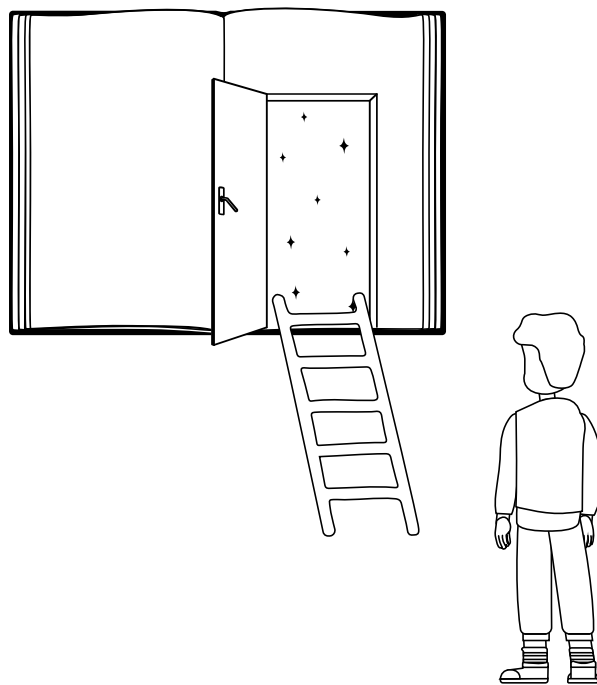


**Gewinne neue  
Perspektiven auf  
weltwärts.de!**

Im Auftrag des



# CHANCE FÜR DEUTSCHLAND



**ANDREAS SCHLEICHER**  
OECD-Bildungsdirektor

*Im deutschen Bildungssystem sind Kinder aus bildungsfernen und ärmeren Familien nach wie vor benachteiligt. Das hemmt die wirtschaftliche Entwicklung und die soziale Mobilität.*

**G**lobalisierung und Digitalisierung verwandeln unsere Volkswirtschaften in regionale Produktionszentren, die durch globale Informations- und Wertschöpfungsketten eng miteinander verknüpft sind; die sich aber vor allem dort konzentrieren, wo Wettbewerbs-

vorteile geschaffen werden. Die Verteilung von Wissen und Fähigkeiten ist dabei entscheidend und hängt wiederum sehr eng mit der Verteilung der Bildungschancen zusammen.

Je schneller der Wandel, umso weniger wirken politische Instrumente, die lediglich die Folgen sozialer Ungleichheit abmildern, und umso mehr müssen wir uns auf die Instrumente konzentrieren, die die Ursachen sozialer Ungleichheit bekämpfen. Bildung spielt hier die zentrale Rolle. Die Weichen werden dabei früh gestellt. Kinder aus wohlhabenderen Familien finden oft viele offene Türen für ein erfolgreiches Leben. Dagegen haben Kinder aus bildungsfernen Schichten meist nur eine einzige Chance im Leben: eine gute Schulbildung, mit der sie die Möglichkeit erwerben, ihr Potenzial zu entfalten. Diejenigen, die dieses Boot verpassen, bekommen selten eine zweite Chance, da Bildungsmöglichkeiten im späteren Leben frühe Bildungsergebnisse meist noch verstärken. Das >>>



DER SOZIALE AUFSTIEG FINDET IN DEUTSCHLAND NACH WIE VOR NUR ALS AUSNAHME STATT. KINDER AUS BILDUNGSFERNEN SCHICHTEN HABEN MEIST NUR EINE EINZIGE CHANCE IM LEBEN: EINE GUTE SCHULBILDUNG.

>>> gilt nicht nur für Deutschland, aber besonders auch für Deutschland.

In den Jahren nach dem PISA-Schock 2001 hatte Deutschland zunächst viel erreicht. Die Erweiterung des Blickfeldes auf Alternativen in Bildungspolitik und -praxis durch PISA hat den Diskurs reicher und bunter gemacht. Der rege internationale Austausch zwischen Lehrkräften, Bildungsforschern und -politikern ist das vielleicht wichtigste Ergebnis von PISA. Was wussten wir vorher über das finnische oder kanadische Bildungssystem? Waren wir vor PISA bereit, über Alternativen zur Bildungspolitik und -praxis auch nur nachzudenken?

**Vielfalt ist mancherorts eine Herausforderung, sie bietet aber Chancen und Potenziale. Heterogenität im Klassenzimmer ist die neue Normalität.**

Die Bedeutung guter frühkindlicher Förderung wurde schnell erkannt. Kindertagesstätten sind heute integraler Bestandteil des Bildungssystems. Auch die Notwendigkeit, verbindliche Maßstäbe für den Erfolg von Bildung zu schaffen, ist heute weitgehend Konsens. Insbesondere die sehr ungleiche Verteilung der Bildungschancen in Deutschland rief die Bildungspolitik auf den Plan. Zu den wichtigen Reformen, die daraufhin eingeleitet wurden, zählen kompetenzorientierte nationale Bildungsstandards, die Einführung der Ganztagschule, bessere Diagnostik und Unterstützung sozial benachteiligter Gruppen sowie Reformen bei der Lehrerbildung. Im Ergebnis stand Deutschland bereits 2009 im internationalen Vergleich viel besser da. Insbesondere gelang es, die großen sozialen Unterschiede zu reduzieren. Auch Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund wiesen deutlich bessere Leistungen auf.

Allerdings kam diese Reformdynamik in den vergangenen zehn Jahren praktisch zum Erliegen. Seitdem sehen wir Rückschritte, nicht unbedingt, weil die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems abnimmt, aber weil das Bildungssystem in Deutschland sich den sich ändernden Rahmenbedingungen nicht schnell genug anpasst. Vielleicht möchten Sie diesen Artikel gleich wieder weglegen und sich keine weiteren Gedanken zur Verbesserung des Bildungssystems machen. Weil Sie denken, etwas so Komplexes und mit Partikularinteressen Belastetes wie Bildung kann man nicht verändern. Dennoch bitte ich Sie, weiterzulesen. Warum? Weil die sozioökonomisch am schlechtesten gestellten 10 Prozent

der Schülerinnen und Schüler in vier chinesischen Provinzen mit einer doppelt so hohen Bevölkerungszahl wie Deutschland genauso gute Leistungswerte wie die Durchschnittsschüler in Deutschland erreichen. Weil viele Schulen in Deutschland auch in schwierigem Umfeld Spitzenleistungen erbringen. Und weil viele der leistungsfähigsten Bildungssysteme ihre Spitzenpositionen erst vor Kurzem erreicht haben.

Die Verantwortlichen für die schlechten Ergebnisse sind oft schnell ausgemacht: Es wird in aller Regel mit dem Finger auf Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund gezeigt. Mit Empirie ist dies jedoch nicht belegbar. Fakt ist: Unsere Gesellschaft verändert sich ständig, und in anderen Staaten schneiden Schülerinnen und Schüler mit ähnlicher Migrationsbiografie deutlich besser ab. Guter Unterricht ist daher inklusiver Unterricht, der alle mitnimmt, und bei dem Lehrerinnen und Lehrer die außergewöhnlichen Fähigkeiten gewöhnlicher Schülerinnen und Schüler kennen und fördern.

Die Individualität jedes Einzelnen darf dabei nicht als eine Belastung, sondern muss als eine Bereicherung wahrgenommen werden. Schließlich haben alle Kinder und Jugendlichen das Recht auf gute Bildung und gleiche Chancen, um ihre individuellen Begabungen zu entfalten und ihren Beitrag zum friedlichen Zusammenleben in unserer vielfältigen Gesellschaft beizutragen. Vielfalt ist mancherorts eine Herausforderung, sie bietet aber Chancen und Potenziale. Heterogenität im Klassenzimmer ist die neue Normalität. Deshalb ist es umso wichtiger, alles vom Klassenzimmer über den Unterricht bis zur Ausbildung und Fortbildung des pädagogischen Personals auf den Umgang mit Vielfalt auszurichten.

**Das, was Kinder aus der Covid-19-Pandemie mitnahmen, war nicht die zusätzliche Hausaufgabe, sondern die Erinnerung an die Lehrkräfte, die in dieser schwierigen Zeit für sie da waren.**

Wir brauchen gut aus- und weitergebildetes Personal, Räume, in denen Schülerinnen und Schüler die für sie wichtigen Lern- und Lebenserfahrungen machen können, Rahmenlehrpläne, die sich auf das Wesentliche konzentrieren, eine rhythmisierte Schule im Ganztage – eine Schule, die vor allem inklusiv, demokratisch, gesund und bewegt ist.

Junge Menschen müssen sich in einer sich beständig verändernden Welt immer wieder neu positionieren,



eigenständig und verantwortungsbewusst handeln, ihre eigenen Pläne und Projekte in größere Zusammenhänge stellen können. Und nicht zuletzt müssen junge Menschen in der Lage sein, gute und tragfähige Beziehungen aufzubauen, mit Konflikten umzugehen und diese zu lösen, sich in multikulturellen bzw. pluralistischen Gesellschaften konstruktiv einzubringen. Soziale Intelligenz, emotionale Sicherheit und Gründergeist sind dabei wichtige Dimensionen.

Das, was Kinder aus der Covid-19-Pandemie mitnahmen, war nicht die zusätzliche Hausaufgabe, sondern die Erinnerung an die Lehrkräfte, die in dieser schwierigen Zeit für sie da waren, die erkannt hatten, wer sie sind und wer sie sein wollen, und sie beim Erreichen ihrer Träume unterstützt haben. Die Zukunft braucht Lehrkräfte als Expertinnen und Experten, die Schülerinnen und Schüler begleiten und dabei unterstützen, durch eigenständiges Denken und Handeln selbstständig und kooperativ zu lernen.

Ebenso muss es gelingen, die besten Lehrkräfte für die schwierigsten Klassen und Schulen zu gewinnen, indem sie dort die besten Arbeitsbedingungen und die beste professionelle Unterstützung vorfinden. Wenn man die Karrieren nicht mehr nach dem Dienstalter, sondern an der Bewältigung sozialer Herausforderungen ausrichtet, hat man schon viel gewonnen.

Es geht dabei auch darum, bessere Wege zu finden, um Erfolge für größere Chancengerechtigkeit anzuerkennen, zu belohnen und sichtbar zu machen, sowie alles zu tun, was möglich ist, um Innovationsträgern die Übernahme von Risiken zu erleichtern und neuen Ideen zum Durchbruch zu verhelfen.

Erfolgreiche Bildungssysteme bieten dazu Lernorganisationen, in denen Lehrkräfte voneinander und miteinander lernen, mit einem professionellen Management sowie einem Arbeitsumfeld, das sich durch mehr Differenzierung im Aufgabenbereich, bessere Karriereaussichten und Entwicklungsperspektiven, die Stärkung der Verbindungen zu anderen Berufsfeldern und mehr Verantwortung für Lernergebnisse auszeichnet.

Die Herausforderungen sind gewaltig, aber wir haben die Fähigkeit zu gestalten. Chancengerechte Bildung von hoher Qualität ist ein erreichbares Ziel. Durch ein modernes Bildungssystem ist es möglich, Millionen Lernenden eine Zukunft zu bieten, die heute keine haben. Die Aufgabe ist nicht, das Unmögliche möglich zu machen, sondern das Mögliche zu realisieren. ■

## Jetzt anmelden: Buch-Gutschein-Aktion zum Welttag des Buches für 4. und 5. Klassen



Am 23. April ist Welttag des Buches. Auch 2024 findet die bundesweite Schulaktion „Ich schenk dir eine Geschichte“ für 4. und 5. Klassen statt. Gegen Vorlage eines Gutscheins erhält jedes Kind im Buchhandel ein Exemplar des Comicromans „Mission Roboter: Ein spannender Fall für die Glücksagentur“ von Autorin Anke Girod und Illustrator Timo Grubing. Dazu bekommen alle Lehrkräfte begleitendes Unterrichtsmaterial.

**Bestellen Sie die Buch-Gutscheine für Ihre Klassen bis 31. Januar 2024 unter [www.welttag-des-buches.de](http://www.welttag-des-buches.de).**



und die Kultusministerien aller Länder

## Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit der DBV Kranken- versicherung.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Besonders als **Lehramtsanwärter:in** leisten Sie täglich viel im stressigen Schulalltag. Wir sichern Sie dabei von Anfang an ab mit den erstklassigen Leistungen der privaten **DBV Krankenversicherung** zur Beihilfe. Und das zu besonders günstigen Ausbildungskonditionen.

Lassen Sie sich von Ihrem/Ihrer persönlichen Betreuer:in in Ihrer Nähe beraten oder informieren Sie sich unter [dbv.de/beihilfe](http://dbv.de/beihilfe).



Eine Marke der AXA Gruppe





Foto: IMAGO/Westend61

EIN UMZUG IN EIN ANDERES BUNDESLAND BEDEUTET FÜR VERBEAMTETE LEHRKRÄFTE OFT, DASS SIE DORT NICHT IN IHREM BERUF ARBEITEN KÖNNEN.

## DIE GRENZEN DER FREIHEIT

**SVEN HEITKAMP**  
freier Journalist

*Wenn Lehrkräfte den Arbeitsort wechseln wollen, scheitern sie oft schon an den Grenzen der Bundesländer. Es droht der Verlust eines Teils der Altersversorgung, wenn der Arbeitgeber die Lehrkräfte nicht freigibt. Das offizielle Ländertauschverfahren hilft auch nur wenigen weiter.*

**W**iebke John sitzt in ihrem Haus in Aurich, Ostfriesland, und betreut seit vier Jahren ihre Kinder. Die Pädagogin würde gern in der Grundschule auf der gegenüberliegenden Straßenseite oder an einer der vielen anderen Grundschulen arbeiten, denen Lehrkräfte fehlen. Doch sie darf nicht. Das Land Hessen, hier ist sie noch Beamtin, gibt sie nicht frei. „Das passt nicht mehr in die Zeit“, sagt die 42-Jährige, die GEW-Mitglied ist. Sie hat jahrelang in einer Grundschule in Frankfurt am Main gearbeitet, bis ihr Mann bei einem Freund in Aurich

in eine Anwaltskanzlei mit einstieg. John zog mit den Kindern mit, zurück in ihre alte Heimat. Anfang 2022 hat John das erste Mal eine Freistellung für den länderübergreifenden Lehrkräfteaustausch beantragt – und wurde abgelehnt. Dieses Jahr stellte sie den gleichen Antrag und bat parallel um generelle Freistellung. Alles abgelehnt. Hessen hält sie fest. „Aufgrund des allgemeinen Lehrkräftemangels insbesondere in Frankfurt am Main ist eine Nachbesetzung der Stelle mit einer ausgebildeten Lehrkraft nicht wahrscheinlich“, teilt das Schulamt mit. Vor dem persönlichen überwiege das allgemeine Interesse, den Unterricht sicherzustellen.

Eigentlich erfülle sie wichtige soziale Kriterien für den Ländertausch wie die Familienzusammenführung, die Nähe von Dienst- und Wohnort, ein eigenes Haus und einen pflegebedürftigen Vater, sagt John. „Was muss man noch vorweisen? Ich werde sowieso nicht wieder in Hessen arbeiten.“ Mehrere Auricher Schulen hätten sie gern im Team. Würde sie aber von sich aus den Beamtenstatus verlassen, verlöre sie einen großen Teil ihrer Pensionsansprüche. Auch die künftige Krankenversicherung wäre unklar. „Man rät mir dringend davon ab, auszusteigen“, erzählt die Lehrerin. Also hat sie schon zweimal die Elternzeit verlängert und wartet auf eine neue Chance im neuen Jahr. Ausgang ungewiss.

### **Angesichts des enormen Lehrkräftemangels handhaben viele Länder ihre Freigaben sehr restriktiv.**

Eine E&W-Anfrage bei der Kultusministerkonferenz (KMK) ergab: Lediglich etwa ein Drittel der Anträge im länderübergreifenden Tauschverfahren führt zu einer Versetzung, wie KMK-Sprecher Torsten Heil berichtet. Über das Verfahren würden jährlich zum 1. Februar und zum 1. August etwa 7.500 Anträge bearbeitet. Der Tausch erfolge in der Regel stellenneutral. Heil: „Die Länder übernehmen so viele Lehrkräfte, wie sie abgeben.“ Dabei würden Lehrkräfte oft Versetzungsanträge für mehrere Länder stellen und mehrere Verfahren parallel nutzen, um ihre Wechselchancen zu erhöhen. „Wenn eine Übernahme über das Tauschverfahren nicht realisiert werden kann, ist ein Wechsel dennoch über die Einstellungsverfahren möglich“, so Heil. Insbesondere im Rahmen von Stellenausschreibungen der Schulen könnten sich Lehrkräfte in ihrer Wunschregion bewerben. Die Schulverwaltungen der Länder seien bemüht, Wechsel

insbesondere aus persönlichen, familiären oder sozialen Gründen zu ermöglichen.

Die Realität sieht angesichts der Konkurrenz um Lehrkräfte mitunter anders aus. Eine Antwort des niedersächsischen Kultusministeriums auf eine Anfrage der FDP-Landtagsfraktion offenbarte drastischere Zahlen: Von mehr als 640 Anträgen niedersächsischer Lehrkräfte zum August 2022 waren 505 nicht erfolgreich – fast 80 Prozent. Nur für 138 Lehrkräfte wurde der Wechsel in ein anderes Land vereinbart. Gleichzeitig nahm Niedersachsen per Tauschverfahren 153 Kolleginnen und Kollegen auf. In den Jahren davor waren die Erfolgsquoten nicht höher.



*Die viel geforderte Mobilität der Lehrkräfte darf nicht von der Kultusbürokratie ausgebremst, sondern muss unterstützt werden.*



ANJA BENSINGER-STOLZE,  
GEW-VORSTANDSMITGLIED SCHULE

„Beamtinnen und Beamte sind darauf angewiesen, dass der Dienstherr sie gehen lässt“, sagt Gesa Bruno-Latocha, Referentin für Tarif- und Beamtenpolitik beim GEW-Hauptvorstand. Als Schutz vor gegenseitiger Abwerbung würden die aufnehmenden Länder eine Freigabeerklärung des alten Dienstherrn erwarten. „Einen rechtlichen Anspruch auf eine Freigabe gibt es aber nicht“, sagt Bruno-Latocha. „Stattdessen bekommt man den Beamtenstatus als lebenslanges Dienst- und Treueverhältnis deutlich zu spüren.“ Wer trotzdem kündigt, droht einen Teil der Altersversorgung zu verlieren. Nur wenige Bundesländer zahlen ausscheidenden Beamten ein „Altersgeld“, das die Beamtenversorgung anteilig abbildet.

Doch auch für angestellte Lehrkräfte ist ein Länderwechsel eine Reise ins Ungewisse: In der Praxis verlangen die Bundesländer auch von ihnen eine Freigabeerklärung. Es ist zudem keineswegs sicher, wie viele Dienstjahre und Erfahrungsstufen der neue Dienstherr bei einem Wechsel anerkennt. „Wir brauchen endlich ein Länder-tauschverfahren, in dem Ausbildungen und Erfahrungs-



>>> stufen von den jeweiligen Ländern einheitlich anerkannt werden“, sagt Anja Bensinger-Stolze, GEW-Vorstandsmitglied Schule. Eine schon erworbene Altersvorsorge dürfe nicht verfallen. Beamtinnen und Beamte sowie Tarifbeschäftigte müssten bei einem Tauschwunsch gleich behandelt werden. „Die viel geforderte Mobilität der Lehrkräfte darf nicht von der Kultusbürokratie ausgebremst, sondern muss unterstützt werden – gerade, wenn Menschen aus familiären Gründen umziehen wollen oder müssen.“

Schon 2017 hatte der GEW-Gewerkschaftstag in Freiburg im Breisgau einen Antrag der Bundesfachgruppe Gymnasien mit dem Titel „Mobilität für Lehrkräfte ermöglichen – Ländertauschverfahren optimieren“ beschlossen. Seither setzt sich die GEW verstärkt für eine Weiterentwicklung des Lehrertauschverfahrens und eine gleichberechtigte Einbeziehung beamteter und tarifbeschäftigter Lehrkräfte ein. „Bei einem Antrag einer Kollegin oder eines Kollegen auf den Wechsel des Bundeslandes ist die Freigabe durch die abgebende Behörde zu erteilen“, heißt es im Beschluss. Zudem sollten Personalvertretungen an der zentralen Tauschsitzung der Länder teilnehmen, um Gleichbehandlung zu gewährleisten und soziale Härten zu vermeiden.

Die hohen Hürden beim Ortswechsel und bei der Lebensplanung, die mit der Verbeamtung einhergehen, sind nicht nur ein privates Problem einiger weniger Kolleginnen und Kollegen – offenbar verschärfen sie die Mangelsituation in den Schulen. Viele junge Leute seien heute nicht mehr bereit, diese Einschränkungen hinzunehmen, berichtet Lukas Sturm, seit vier Jahren Grundschullehrer in Heidelberg. „In vielen Gesprächen während meines Studiums und mit Personen, die ein Lehramtsstudium abgeschlossen haben, kam vor allem ein Grund zur Sprache: fehlende Flexibilität und Freiheit bei der Lebensgestaltung durch eine Verbeamtung“, berichtet das GEW-Mitglied. Die Perspektive, den Arbeitsplatz nicht selbst auszuwählen, nur schwer wechseln zu können und dabei in den Grenzen eines Bundeslandes gefangen zu sein, schrecke viele junge Leute ab. „Dieses System ist nicht mehr zeitgemäß.“

Sturm weiter: Mit Mitte oder Ende 20 den Arbeitsplatz und Wohnsitz für die kommenden Dekaden festlegen zu müssen, sei für die junge Generation keine akzeptable Zukunftsaussicht. Die Sicherheit einer Verbeamtung falle heute bei der Jobentscheidung weniger ins Gewicht als die Bewegungs- und Gestaltungsfreiheit aus privaten und familiären Gründen. Die Forderung vieler junger Leute laute deshalb: Die finanziellen Anreize für angestellte Lehrkräfte müssten größer, der Jobwechsel auch über Bundesländergrenzen hinweg müsse deutlich leichter werden. Das sieht Lehrerin John nicht anders. ■



WIEBKE JOHN WÜRDEN IN NIEDERSACHSEN GERNE WIEDER ALS LEHRERIN ARBEITEN, ERHÄLT VON IHREM ALTEN DIENSTHERRN IN HESSEN ABER KEINE FREIGABE.

Foto: privat

# Viel falt.

Mediathek

[www.vielfalt-mediathek.de](http://www.vielfalt-mediathek.de)



Bildungsmaterial gegen Rechtsextremismus,  
Menschenfeindlichkeit und Gewalt.  
Für Demokratie, Vielfalt und Anerkennung.

## Diskriminierung im Klassenraum? Rechte Sprüche im Seminar?

Über 2.500 Materialien zum  
kostenlosen Download

- › Broschüren und Bücher
- › Unterrichtsmaterial und Arbeitsblätter
- › Trainingsordner und Handbücher
- › Audios und Videos

# ZWISCHEN BRAINDRAIN UND BRAINGAIN

**VERENA KERN**

Co-Chefredakteurin von klimareporter<sup>o</sup> und freie Journalistin

*Bei der Auslandsmobilität der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler liegt Deutschland nur im europäischen Mittelfeld.*

**D**ass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Deutschland eine Zeit lang im Ausland tätig sind, gehört mittlerweile zum guten Ton. Auslandsaufenthalte gelten als positiv für den Karriereverlauf. Förderprogramme, etwa des Deutschen Akademischen Austauschdiensts (DAAD) oder der Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH), unterstützen diese Internationalisierung von Forschung und Lehre und sehen darin einen entscheidenden Baustein für die erfolgreiche Entwicklung Deutschlands als Wissenschafts-, Hochschul- und Wirtschaftsstandort.

Allerdings liegt Deutschland im Vergleich mit anderen europäischen Ländern bei der Auslandsmobilität bestenfalls im Mittelfeld. Nur 10 Prozent der Promovierenden verbringen drei Monate oder länger im Ausland, wie der jüngste Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs, kurz BuWiN, von 2021 zeigt. Der Durchschnitt in der Europäischen Union (EU) ist etwa doppelt so hoch. Besser sieht es bei den Postdocs aus, hier liegt der Wert bei immerhin einem Drittel und damit im EU-Vergleich im guten mittleren Bereich. Besonders groß ist die Zahl der Auslandsaufenthalte bei Promovierten in Kunst sowie Kunst- und Geisteswissenschaften, ergibt die aktuelle Analyse der Publikation „Wissenschaft weltoffen“ des DAAD. Im Schnitt die längste Zeit, nämlich gut zwölf Monate, verbringen demnach Postdocs der Humanmedizin und der Gesundheitswissenschaften im Ausland. Die große Mehrzahl der Aufenthalte dient Forschungszwecken. Die meisten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zieht es in die USA, aber auch nach Westeuropa – hier vor allem nach Österreich und in die Nicht-EU-



Länder Schweiz und Großbritannien (mit spürbarem Rückgang nach dem Brexit). Das kann für viele zum Problem werden. Denn während innerhalb der EU mittlerweile weitgehend geregelt ist, dass und wie Auslandsaufenthalte bei der tariflichen Eingruppierung sowie Einzahlungen in die Sozialversicherung bei der Rückkehr angerechnet werden, ist dies bei Aufenthalten im Nicht-EU-Ausland nicht immer gesichert. Wer zurückkehrt, für den besteht somit die Gefahr, bei einem neuen Vertrag oder einer Vertragsverlängerung trotz wertvoller Auslandserfahrungen zurückzufallen oder auf dem gleichen Stand zu bleiben. „Mobilität wird so nicht gefördert, sondern sogar erschwert“, kritisiert GEW-Vorstandsmitglied Andreas Keller. „Das Problem ist seit langem bekannt, doch es hat sich wenig getan.“ Keller sieht noch ein weiteres Problem. Da es in Deutschland kaum Dauerstellen gibt, sind viele gezwungen, mit Kurzzeitverträgen von Hochschule zu Hochschule zu wechseln – und auch einen Auslandsaufenthalt einzu-



Foto: IMAGO/imagebroker/begsteiger



*Wer ins Ausland geht und zurückkommt, darf keine Nachteile haben, was das Gehalt und die Sozialversicherung angeht, es darf aber auch keinen Mobilitätszwang geben.*



ANDREAS KELLER,  
GEW-VORSTANDSMITGLIED HOCHSCHULE  
UND FORSCHUNG

planen, um bessere Karrierechancen zu haben. „Es sollte bei der Mobilität Wahlfreiheit geben, ohne dass Nachteile entstehen“, sagt Keller. Wie viele wissenschaftlich Hochqualifizierte dauerhaft ins Ausland gehen, weil sie hierzulande keine Perspektive für sich sehen, dazu gibt es keine aktuellen Zahlen. Ein Gutachten der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) kam 2014 zu dem Ergebnis: „Insbesondere für die Besten scheint das deutsche Forschungssystem derzeit nicht attraktiv genug zu sein.“ Zwischen 1996 und 2011 sind demnach 4.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mehr abgewandert als ins Land kamen. Die Bundesregierung hingegen erklärte kürzlich, sie sehe keinen Braindrain-Effekt in Deutschland und betrachte zeitweilige Auslandsaufenthalte als Teil einer wissenschaftsimmanenten „Brain Circulation“, sodass kein Handlungsbedarf bestehe. Andererseits finanziert sie aufwändige Rückholprogramme unter der Überschrift „Brain Gain“, deren Wirksamkeit das EFI-Gutachten zumindest in der Vergangenheit in Frage gestellt sah. Die GEW dagegen fordert, dass die Karrierewege im deutschen Hochschulsystem reformiert werden. „Mobilität fördern und nicht bestrafen“, heißt es in einem Programm der Gewerkschaft. „Es dürfen keine Steine in den Weg gelegt werden“, so formuliert es Keller. „Wer ins Ausland geht und zurückkommt, darf keine Nachteile haben, was das Gehalt und die Sozialversicherung angeht, es darf aber auch keinen Mobilitätszwang geben.“ ■

AUSLANDSAUFENTHALTE FÖRDERN DIE WISSENSCHAFTLICHE KARRIERE. VIELE AKADEMIKERINNEN UND AKADEMIKER AUS DEUTSCHLAND GEHEN ABER AUCH NOTGEDRUNGEN AN AUSLÄNDISCHE HOCHSCHULEN, WEIL ES HIERZULANDE ZU WENIGE DAUERSTELLEN GIBT.

## „WIR BRAUCHEN EINE NEUE SCHULSTRUKTURDEBATTE“



Foto: privat

PROF. MARCEL HELBIG  
LEITET DEN ARBEITSBEREICH STRUKTUREN UND SYSTEME AM LEIBNIZ-INSTITUT  
FÜR BILDUNGSVERLÄUFE (LIFBI) AN DER UNIVERSITÄT BAMBERG.

### INTERVIEW: JÜRGEN AMENDT

Redakteur der „Erziehung und Wissenschaft“

*In einem Beitrag\* für die DDS – Die Deutsche Schule, die wissenschaftliche Zeitschrift der GEW, analysiert Prof. Marcel Helbig gymnasiale und nicht-gymnasiale Schulformen – mit Blick auf Inklusion, Migration und Lehrkräftemangel. Zu welchem Ergebnis er gekommen ist, erläutert er im E&W-Interview.*

**E&W:** In den vergangenen Jahren wurde die Hauptschule in den meisten Bundesländern abgeschafft und nach der Grundschule ein zweigliedriges System aus einer nicht-gymnasialen Schulform und dem Gymnasium eingeführt. Meistens führen beide Schulformen zum Abitur. Sie plädieren dennoch für eine neue Schulstrukturdebatte. Warum?

**Prof. Marcel Helbig:** Die Umstellung von einer drei- auf eine zweigliedrige Mittelstufe hat die Ungleichheiten im

Fortsetzung auf Seite 25 >>>



>>> Fortsetzung von Seite 24

Bildungssystem nicht wirklich behoben. Die Leistungsunterschiede in den nicht-gymnasialen Schulformen sind sehr groß und Eltern, die ihr Kind früher in eine Realschule geschickt hätten, könnten versucht sein, vor den neuen Problemlagen auf das Gymnasium auszuweichen. Nicht-gymnasiale Schulen stemmen die Inklusion, nehmen Schülerinnen und Schüler auf, die vormals auf Förderschulen verwiesen wurden, während die Gymnasien weitestgehend von Inklusionsaufgaben verschont bleiben. Die Inklusionsquote in den nicht-gymnasialen Schulformen ist teilweise 50 Mal höher als die in Gymnasien. Lediglich in Bremen beträgt die Inklusionsquote an Gymnasien mehr als 1 Prozent; in den Oberschulen liegt sie dort bei annähernd 12 Prozent. Ähnlich sieht es beim Thema Migration aus. Die Herausforderungen durch die Zuwanderung Geflüchteter haben nach 2015 die Grundschulen und in der Sekundarstufe I hauptsächlich die nicht-gymnasialen Schulformen getragen. Zwischen den Schuljahren 2014/15 und 2017/18 stieg die Zahl zugewanderter Schülerinnen und Schüler an nicht-gymnasialen Schulformen deutlich stärker als an den Gymnasien.

**E&W:** Wie ist das zu erklären?

**Helbig:** Es ist die Basis unseres gegliederten Schulsystems, dass es eine leistungsorientierte Zuweisung gibt und nach der Grundschule nur die leistungsstarken Schülerinnen und Schüler zum Gymnasium gehen sollen, weil nur sie den Anforderungen dieser Schulform gerecht werden können. Kinder mit Förderbedarf oder Zugewanderte mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen passen nach dieser Logik nicht ins Gymnasium.

**E&W:** Sie konstatieren in Ihrem DDS-Beitrag auch, dass die Gymnasien deutlich weniger stark vom Lehrkräftemangel betroffen sind als andere Schulformen.

**Helbig:** Ja. Es gibt zwar auch in Gymnasien einen Mangel an grundständig ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern. Im Schnitt erreichen die Gymnasien allerdings in so gut wie allen Bundesländern eine Unterrichtsabdeckung mit Lehrkräften von annähernd 100 Prozent. In den Gymnasien finden sich im Vergleich zu den nicht-gymnasialen Schulformen und Grundschulen auch die wenigsten Quereinsteigerinnen und -einsteiger. Wir stehen in dieser Entwicklung aber erst am Anfang, denn die meisten Studienanfängerinnen und -anfänger entscheiden sich für das Lehramt an Gymnasien. Mittlerweile hat eine Reihe von Ländern die Gehaltsunterschiede zwischen

den Lehrämtern zwar angeglichen, dass das zu mehr Lehramtsstudierenden außerhalb des Gymnasiallehramts geführt hätte, kann ich bisher nicht erkennen.

**E&W:** Wie ist dieses Ungleichgewicht zu erklären?

**Helbig:** Die Gründe dafür kann ich nur vermuten. Die Tatsache, dass die beschriebenen Herausforderungen an den Schulformen außerhalb des Gymnasiums so groß und die Arbeitsbedingungen in diesen Schulen schlechter geworden sein müssen, mag ein Grund sein.



*Dass die Schulen mit den größten Herausforderungen die geringste Ressourcenausstattung haben, ist das Gegenteil von Bildungsgerechtigkeit.*



MARCEL HELBIG

**E&W:** In Ihrem DDS-Text bleiben Sie in Ihren Schlussfolgerungen etwas vage. Sie sprechen sich für eine Debatte aus, die „das Gymnasium in seiner jetzigen Form“ in Frage stellt. Das klingt nicht unbedingt nach einer radikalen Forderung.

**Helbig:** Man muss in der Tat einen Schritt nach dem anderen tun. In einigen Bundesländern wird zum Beispiel derzeit über die Einführung einer Stufenlehrausbildung diskutiert. Das hieße, dass Lehrerinnen und Lehrer künftig nicht mehr schulformspezifisch – also für das Gymnasium oder die nicht-gymnasialen weiterführenden Schulen –, sondern einheitlich für alle Schulformen der Sekundarstufe I ausgebildet werden. Schon allein diese Überlegung führt bei konservativen Bildungspolitikern und -politikerinnen zu heftigen Abwehrkämpfen. Um es aber noch einmal klar zu sagen: Es muss etwas passieren, denn dass die Schulen mit den größten Herausforderungen die geringste Ressourcenausstattung haben, ist das Gegenteil von Bildungsgerechtigkeit. ■

\*„Die Kluft zwischen Gymnasien und nicht-gymnasialen Schulformen – Warum wir eine neue Schulstrukturdebatte brauchen“, DDS – Die Deutsche Schule, Heft 4/2023: [gew.de/ew-12-23](http://gew.de/ew-12-23)

# MIT EINEM BEIN IM GEFÄNGNIS

CHRISTOPH RUF  
freier Journalist

*In Karlsruhe wären Sozialarbeiterinnen und -arbeiter, die Fußball-Fans betreuen, fast in Beugehaft gelandet. Dabei hatten sie in ihrem Beruf alles richtig gemacht. Der Fall verweist auf eine Leerstelle in der Gesetzgebung: Noch immer gibt es kein generelles Zeugnisverweigerungsrecht (ZVR) in der Sozialen Arbeit.*

Für Sophia Gerschel, Sebastian Staneker und Volker Körenzig war der 6. Oktober 2023 ein Tag der Freude – bei aller Wut, die dann doch nicht so schnell verschwinden wollte. Damals erfuhren die drei Mitarbeitenden des Karlsruher Fanprojekts, dass sie nicht in Beugehaft müssen – im schlimmsten Fall hätten ihnen sechs Monate Gefängnis gedroht. „Das hat schon einen immensen Druck von uns genommen“, sagt Diplom-Soziologin Gerschel. Es wäre das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik gewesen, dass Sozialarbeitende ins Gefängnis müssen, weil sie bei der Ausübung ihres Berufes ins Visier der Staatsanwaltschaft geraten sind. Bundesweit protestierten viele Fanszenen gegen das Vorgehen der Staatsanwaltschaft, auch zahlreiche Juristen äußerten sich kritisch. Derzeit prüft die Staatsanwaltschaft, ob sie ein Verfahren wegen Strafvereitelung einleitet. Ausgestanden ist die Angelegenheit für die drei also längst noch nicht.

**Fanprojekte brauchen ein vertrauensvolles Verhältnis zu den Fans.**

Dabei wäre das alles nicht passiert, wenn auch Fan-Sozialarbeiterinnen und -arbeiter das ZVR hätten, das beispielsweise Juristen, Journalisten und Pfarrer >>>

IN DEN DEUTSCHEN FUSSBALLSTADIEN SETZTEN SICH IN DEN ZURÜCKLIEGENDEN MONATEN FANS WIE HIER AUF SCHALKE FÜR DAS ZEUGNISVERWEIGERUNGSPROJEKT IN DER SOZIALEN ARBEIT EIN.





>>> besitzen. In der Sozialen Arbeit steht dieses Recht bislang nur Beschäftigten in der Drogenhilfe und der Schwangerschaftsberatung zu.

Anlass der Ermittlungen waren die Geschehnisse beim Heimspiel des Karlsruher SC gegen St. Pauli im November 2022. Damals hatte eine Karlsruher Ultragruppe so massiv Pyrotechnik gezündet, dass danach elf Menschen über Atembeschwerden klagten. Die Ultras zeigten sich allerdings einsichtig und nahmen unter Vermittlung des Fanprojekts an einem Ausgleichsgespräch mit den Opfern teil, von denen später niemand Anzeige erstattete. Als die Staatsanwaltschaft wegen „Freisetzen von Giftstoffen“ ermittelte – ein juristischer Kniff, um wegen eines Straftatbestandes statt einer Ordnungswidrigkeit tätig werden zu können – war die Sache intern also längst geklärt. Dennoch folgten Razzien. Anhand der konfiszierten Handys ließ sich der Kontakt der Fans zu den Fan-Sozialarbeiterinnen und -arbeitern nachweisen, die daraufhin ins Visier der Justiz gerieten. Doch die drei, die lediglich ihre in der Jobbeschreibung definierten Aufgaben erfüllt hatten, sagten nicht aus. Hätten sie das ZVR, hätte sich die Staatsanwaltschaft damit begnügen müssen. So aber behielt sie sich vor, Beugehaft zu beantragen und klagte die drei unter dem Vorwurf der „Strafvereitelung“ als Beschuldigte an, statt sie lediglich als Zeugen zu vernehmen.

Für ihre Position als Mittler zwischen Fans, Verein und Polizei seien allerdings ohnehin schon die Vorladungen schwierig gewesen, berichtet Gerschel, da Fans sicher sein müssten, einen vertrauensvollen Rahmen angeboten zu bekommen. Wenn die Jugendlichen sich abwendeten, weil sie davon ausgehen müssten, dass die Polizei Informationen abgreift, sei „der Kernbestand unserer Arbeit bedroht“.

Um so etwas künftig zu verhindern, hatte sich bereits 2014 ein Arbeitskreis gegründet, aus dem das „Bündnis für ein ZVR in der Sozialen Arbeit“ (BfZ) als Zusammenschluss mehrerer Tätigkeitsfelder der Sozialen Arbeit hervorging. Nach den Ereignissen von Karlsruhe zeigt sich das Bündnis empört: „Das besondere Vertrauen, welches eine gelingende Soziale Arbeit überhaupt erst ermöglicht, durch das Brechen der Schweigepflicht zu zerstören, hat weitreichende Auswirkungen“, heißt es in einer Stellungnahme. Derzeit könnten „Fachkräfte ihrem Auftrag nicht nachkommen, ohne ihre Freiheit zu riskieren“.

Warum das ZVR nur in zwei Feldern der Sozialen Arbeit gilt, erschließt sich in der Tat kaum einem Praktiker.

Zumal Sozialarbeiterinnen und -arbeiter sowie Sozialpädagoginnen und -pädagogen seit 1983 der strafrechtlichen Schweigepflicht unterliegen. Offenbar hält also auch der Gesetzgeber ein geschütztes Vertrauensverhältnis für ein hohes Gut. Den zweiten und nach Meinung vieler Fachleute einzig logischen Schritt, das ZVR auf die gesamte Soziale Arbeit auszudehnen, ist die Politik allerdings noch nicht gegangen. Hierzu wäre eine Reform des Paragraphen 53 der Strafprozessordnung nötig.

### Die Bundesregierung muss die Gesetzeslage zugunsten der Sozialen Arbeit ändern.

Diese Reform wäre relativ leicht herbeizuführen: mit einer einfachen Mehrheit im Bundestag. Valentin Lippmann, Parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen im Sächsischen Landtag, hat das Thema schon vor zwei Jahren auf die Agenda gesetzt. Die Koalition aus CDU, FDP und Grünen will nun eine Bundsratsinitiative starten. Überhaupt scheint es, als sei auf der politischen Ebene endlich Bewegung in den festgefahrenen Prozess gekommen. Bei einer Podiumsdiskussion im Oktober 2022 in Berlin hatten Fachpolitiker der drei Ampel-Parteien betont, dass sie die Gesetzeslage zugunsten der Sozialen Arbeit ändern wollten. Sie hatten allerdings auch durchblicken lassen, dass das Thema von der politischen Großwetterlage überschattet werde, weshalb es wohl erst in der kommenden Legislaturperiode angegangen werden könne.

Daniel Melchien, der als Geschäftsführer des Karlsruher Stadtjugendausschusses der Vorgesetzte der drei Fanprojekt-Mitarbeitenden ist, will das nicht akzeptieren. Es sei nicht hinzunehmen, dass sich Sozialarbeiterinnen und -arbeiter, die fachlich alles richtig machen, auf juristisches Glatteis begeben. „Wenn sie seriös arbeiten, dürfen wir sie nicht ins offene Messer laufen lassen.“ Zumindest die Ampel-Vertreter aus Karlsruhe weiß Melchien an seiner Seite: „Und ich habe auch den Eindruck, dass sich in Berlin etwas tut.“ Auf vielen Ebenen liefen Gespräche. „Das könnte jetzt alles sehr schnell gehen, wenn die Fraktionen das Thema ins parlamentarische Verfahren einspeisen.“ Dies sei dringend geboten – nicht nur wegen der schlimmen Erfahrungen, die seine Kollegin und Kollegen beim Fanprojekt machen mussten: Sozialarbeit werde in vielerlei Bereichen dringender denn je gebraucht. „Rechtssicherheit ist da das Allermindeste, was der Staat herstellen muss.“ ■



MITARBEITENDE DES SOZIAL- UND ERZIEHUNGSDIENSTES IN BERLIN SOWIE DER BERLINER HOCHSCHULEN SETZTEN MITTE NOVEMBER MIT EINEM WARNSTREIK EIN ZEICHEN GEGEN DIE BLOCKADEHALTUNG DER ARBEITGEBER.

Foto: Christian von Polentz

## MEHR GELD

### JÜRGEN AMENDT

Redakteur der „Erziehung und Wissenschaft“

### ULF RÖDDE

Redaktionsleiter der „Erziehung und Wissenschaft“

*Nachdem auch die zweite Runde der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder ergebnislos endete, da die Arbeitgeber kein Angebot vorgelegt hatten, erhöhten die Gewerkschaften mit der Ausweitung der Streiks den Druck.*

**M**it der Forderung nach einem deutlichen Gehaltsplus von 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro monatlich, gingen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes Anfang Dezember in die dritte Runde der Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). Zur Drucklegung dieser Ausgabe der E&W lag das Ergebnis noch nicht vor.

In den ersten zwei Verhandlungsrunden hatten die Arbeitgeber kein Angebot vorgelegt, die Gewerkschaften beantworteten diese Blockadehaltung mit massiven Warnstreiks. So hatte die GEW am 28. November den „Streiktag Bildung“ ausgerufen. Tausende Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher, Sozialarbeiterinnen und -arbeiter, Sozialpädagoginnen und -pädagogen sowie

Hochschullehrende und studentische Beschäftigte beteiligten sich in Berlin, Hamburg, Leipzig und Karlsruhe an den Streiks und Aktionen.

„Kein Angebot für eine Gehaltserhöhung, kein Tarifvertrag für studentische Beschäftigte, keine Übertragung des Ergebnisses für den Sozial- und Erziehungsdienst in Bund und Kommunen auf die Beschäftigten der Länder: Das ist destruktiv“, kritisierte die GEW-Vorsitzende Maike Finnern das Mauern der Arbeitgeber in den ersten beiden Verhandlungsrunden. Auch den von den Gewerkschaften geforderten Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TV Stud) hatte die TdL rigoros abgelehnt und zudem die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten in Frage gestellt.

Finnern erinnerte daran, dass die Inflation noch nicht vorbei sei. Die Beschäftigten hätten aus den vergangenen beiden Jahren einen großen Nachholbedarf beim Gehalt. „Lehrkräfte sowie Sozialarbeiterinnen und -arbeiter an den Schulen sind wegen des Fachkräftemangels am Limit. Um diese Berufe für junge Menschen, die ins Erwerbsleben starten, wieder attraktiver zu machen, müssen die Arbeitsbedingungen besser werden und die Gehälter deutlich steigen“, unterstrich Finnern.

Die Gewerkschaften verhandeln im Geltungsbereich des TV-L für rund 2,5 Millionen Beschäftigte, darunter 1,1 Millionen Angestellte. ■

Alle aktuellen Infos zum Tarifabschluss oder zu weiteren Verhandlungen und möglichen Streiks, wenn die dritte Tarifrunde keine Einigung gebracht haben sollte: [gew.de/ew-12-23](http://gew.de/ew-12-23)

GEW-FORDERUNGEN HABEN IM LAUFE DER JAHRZEHNTE NICHTS AN AKTUALITÄT EINGEBÜSST, AUCH WENN DIE ANLÄSSE SICH GEÄNDERT HABEN: DEMO GEGEN LEHRKRÄFTEARBEITSLOSIGKEIT IN ESSEN 1976 ...



Foto: IMAGO/Klaus Rose

# „75 JAHRE LAUT FÜR

**INTERVIEW: ANJA DILK**  
freie Journalistin

*75 Jahre GEW – was hat die Gewerkschaftspolitik geprägt, worum geht es heute? Ein Blick zurück und nach vorn mit der GEW-Vorsitzenden Maïke Finnern, Eva-Maria Stange, Vorsitzende von 1997 bis 2005, und Rainer Dahlem, dem langjährigen früheren Vorsitzenden der GEW Baden-Württemberg.*

**E&W:** Die GEW hat gerade 75. Geburtstag gefeiert. Was war in diesen 75 Jahren für Sie die größte Veränderung?

**Maïke Finnern:** Ganz klar: Der Wandel der GEW nach der Wende. Damals sind die Ostverbände unserer Organi-

sation entstanden, damit haben sich unsere Aufgaben verändert. Die GEW wurde auch zur Tarifgewerkschaft.

**Eva-Maria Stange:** Ja, die GEW musste stärker als bisher Tarif- und Arbeitskämpfe führen, denn die neuen Mitglieder aus dem Osten waren angestellt. Für mich als Frau aus dem Osten war der Eintritt in die neu gegründete GEW Sachsen natürlich einschneidend. Die GEW hat eine zentrale Rolle bei der Bewältigung der gewaltigen Umwälzungen des Bildungssystems im Osten gespielt. Alles war plötzlich neu, funktionierte anders – von den Kitas über die Schulen bis zu den Universitäten.

**E&W:** Herr Dahlem, Sie blicken noch weiter zurück: 1969 GEW-Mitglied, 1976 Kreisvorsitzender, 1991 bis 2008 Landesvorsitzender der GEW Baden-Württemberg. Was war für Sie prägend?

**Rainer Dahlem:** Nach dem Krieg waren wir die einzige Gewerkschaft, die alle Schularten vertrat. Von der Grundschule über Sonderschulen und Gymnasien bis zu

... UND KUNDGEBUNG FÜR KLEINERE  
KLASSEN DER GEW BERLIN 2022.



Foto: Christian v. Polentz/transitfoto.de

# CHANCENGLEICHHEIT!“

beruflichen Schulen. Alle Lehrverbände konzentrierten sich auf eine Schulform. Wir funktionierten eher wie die IG Metall. Ein Betrieb, eine Gewerkschaft für alle. Und unser Betrieb war, wenn man so will, halt der Schulbetrieb. Lehrkräfte sind Lehrkräfte, egal wo. Das war unser Slogan. Deshalb habe ich mich für die GEW entschieden. Aber es war nicht immer einfach.

**E&W:** Inwiefern?

**Dahlem:** Wir mussten stets das gesamte Schulsystem und alle Berufsgruppen im Blick haben. Arbeitszeiten, Status, Ausbildung, Bezahlung, Aufstiegsmöglichkeiten. Der Philologenverband dagegen konnte einfach mehr Geld nur für Gymnasiallehrer fordern ...

**Finnern:** ... und lehnt bis heute A13 für alle Lehrkräfte ab. Bei uns aber ist das Beschlusslage. Trotzdem gibt es auch in der GEW Mitglieder, die zu mir sagen: Wenn die Grundschullehrkräfte A13 bekommen, brauchen wir aber A14.

**E&W:** War das Selbstverständnis als Gewerkschaft für alle damals umstritten?

**Dahlem:** Andere Verbände verspotteten uns als Gemischtwarenladen. Innerhalb der GEW waren wir uns einig.

**Stange:** Da muss ich widersprechen. Als ich Anfang der 1990er-Jahre zur GEW kam, war ich erstaunt bis entsetzt, wie präsent die alten Partikularinteressen in der GEW waren. Das spiegelte sich etwa in Arbeitsgruppen. Als dann die Erzieherinnen aus dem Osten sagten, wir wollen genauso beachtet werden wie die Gymnasiallehrkräfte, wurden die Gräben noch tiefer.

**Finnern:** Die GEW bewegt sich da in einem Spannungsfeld. Wir müssen immer wieder schauen: Wo können wir uns gegenüber den Berufsverbänden abgrenzen, wo müssen wir Zugeständnisse machen?

**E&W:** Die 1960er- und -70er-Jahre waren Zeit des Aufbruchs, einer neuen Kultur, der Bildungsexpansion. Wie war das in der GEW spürbar?



>>> **Dahlem:** Es wurde unglaublich viel in Bildung investiert. Die Zahl der Lehramtsstudierenden explodierte, vor allem an den Pädagogischen Hochschulen. Wenig später kamen diese jungen Lehrkräfte an die Schulen. Die GEW gewann in nahezu dramatischem Umfang neue Mitglieder hinzu.

**E&W:** Gab es Konflikte zwischen den Generationen?

**Dahlem:** Oh ja. Da die Alten aus den traditionellen Lehrervereinen, hier die Jungen frisch von der Hochschule. Wir haben die GEW aufgemischt. Als ich 1976 zum Kreisvorstand gewählt wurde, liefen am nächsten Tag die Telefone heiß: ein Berufsschullehrer, im Ernst? Das hatte es noch nie gegeben. Wir drängten nach bildungs- und schulpolitischen Veränderungen. Wir wollten das gegliederte Schulsystem überwinden, eine Schule für alle Kinder schaffen, Gesamtschulen etablieren. Das hat uns stark gemacht, aber auch den



Foto: IMAGO Images/lausitznews.de



*Eine Erzieherin hat mehr Einfluss auf den Bildungsweg eines Kindes als jede Gymnasiallehrkraft.*



EVA-MARIA STANGE

Verhinderern in den standespolitischen Verbänden Rückenwind gegeben.

**E&W:** Die Studentenbewegung hat 1968 den Umgang mit dem Erbe der NS-Zeit und personeller Kontinuität auf die Tagesordnung gesetzt. Für die GEW war das damals kein Thema. Vor knapp zehn Jahren hat sie aber bei den Leipziger Historikern Jörn-Michael Goll und Prof. Detlev Brunner die Aufarbeitung der Geschichte der GEW mit Blick auf die NS-Zeit in Auftrag gegeben, 2021 wurden die Ergebnisse veröffentlicht. Warum nicht früher?

**Finnern:** Weil wir heute den notwendigen Abstand haben und sich die Gesellschaft immer mehr bewusst wird, wie wichtig solche Auseinandersetzungen sind. Ich halte das für absolut richtig. Genauso hat der Gewerkschaftstag 2021 beschlossen, in den nächsten Jahren die Max-Traeger-Stiftung umzubenennen, nachdem es



Foto: Kay Hirschelmann



*Ungleiches ungleich behandeln – die Botschaft ist angekommen. Das zeigt sich auf Bundesebene in allen Debatten über Bildungsfinanzierung. Das ist ein Erfolg der GEW.*



MAIKE FINNERN



eine Diskussion über Traeger, den ersten Vorsitzenden der GEW, und seine Rolle in der NS-Zeit gegeben hatte. Aktuell haben wir ein wissenschaftliches Gutachten zum Umgang mit sexualisierter Gewalt in der GEW in Auftrag gegeben.

**E&W:** Frau Stange, die frühen 1990er-Jahre waren eine große Zäsur für die GEW. Wie haben Sie diese Zeit erlebt?

**Stange:** Es war ungeheuer wichtig, dass die GEW nicht einfach Mitglieder des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) übernommen hat. Die Landesverbände der GEW im Gebiet der ehemaligen DDR wurden neu gegründet. Das hat uns Selbstbewusstsein gegeben, die GEW zu unserer Sache gemacht. Es ging von Anfang an vorrangig um existenzielle Fragen. Tausende Beschäftigte wurden entlassen. Besonders schlimm war es in den Kitas und an den Hochschulen. Ganze Einrichtungen wurden abgewickelt. An Kitas haben wir mit Teilzeiteinrichtungen viel retten können. Mit dem drastischen Rückgang der Schülerzahlen spitzte sich die Lage auch an den Schulen zu. Die Hälfte der Lehrerstellen sollte abge-

baut werden. Wir mussten kämpfen und verhandeln, um Tausende Arbeitsplätze zu retten.

**E&W:** Haben Sie sich in dieser Zeit von den Westverbänden der GEW ausreichend unterstützt gefühlt?

**Stange:** Am Anfang gab es ehrenamtlich Hilfe beim Aufbau der Organisation. Wir hätten uns mehr Empathie gewünscht für die Arbeitskämpfe des Ostens.

**Dahlem:** Ja, da hätten wir mehr unterstützen können.

**Stange:** Sehr geschätzt aber wurde die Haltung der GEW zur politischen Aufarbeitung. Zum Beispiel wurden in Sachsen ehemalige Schulleitungen auf einer „schwarzen Liste“ geführt; sie galten per se als politisch verdächtig. Das war eine schlimme Vorverurteilung und entsprach nicht dem Einigungsvertrag. In Anhörungen mussten sie sich rechtfertigen. Die GEW-Personalräte haben sich gegen die pauschale Verurteilung gewehrt und jeden einzelnen Fall genau geprüft.

**E&W:** 1997 übernahmen Sie den GEW-Vorsitz, als erste Frau und als erste Person aus dem Osten. In Ihre Zeit >>>



**Mit Ihrer Hilfe  
finden  
Kinder Platz  
zum Spielen.**

Spenden  
Sie unter  
[www.dkhw.de](http://www.dkhw.de)



>>> fiel der Sondergewerkschaftstag 1999, auf dem der Beschluss gefällt wurde, die GEW zu einer Bildungsgewerkschaft zu entwickeln.

**Stange:** 2001 wurde ver.di gegründet. Zwei Jahre zuvor hatte die GEW entschieden, nicht beizutreten. Wir wollten zu einer eigenen Gewerkschaft für alle Beschäftigten in der Bildung werden, für Angestellte ebenso wie für Beamtinnen und Beamte. Von den Kitas über die Hochschulen bis zur Weiterbildung. Bis dahin waren Kita-Mitarbeitende meist in der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), in den Hochschulen organisierten sich Beschäftigte teilweise in Fachgewerkschaften. Es gab großen Druck in der GEW, den anderen Bildungsbereichen genauso große Aufmerksamkeit zu schenken wie dem schulischen. Wir haben begonnen, eine tariffähige Bildungsgewerkschaft aufzubauen, die streikt, Demonstrationen organisiert, Geld dafür bereitstellt. So konnten wir auch die Angestellten besser vertreten.

**Finnern:** Der Name Bildungsgewerkschaft prägt uns bis heute. In den vergangenen Jahren haben wir unsere Aktivitäten im Tarifbereich ausgebaut. Seit rund 15 Jahren kämpft die GEW vor Gericht für das Streikrecht für Beamtinnen und Beamte. Aktuell beschäftigt sich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg mit unserer Klage. Wir erwarten demnächst das Urteil.

**E&W:** Was hat die GEW als Bildungsgewerkschaft in den vergangenen 25 Jahren erreicht?

**Finnern:** Zu unseren großen Erfolgen gehört der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in der Grundschule. Wir haben einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass sich die gesellschaftliche Debatte darüber geändert hat. Auch, dass wir in zwölf Bundesländern A13 für alle Lehrkräfte durchgesetzt haben, macht uns stolz.

**Stange:** Und wir haben die frühkindliche Bildung entscheidend vorangebracht. Es gibt einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für Kinder ab dem ersten Lebensjahr, in manchen Bundesländern ist dieser sogar kostenfrei. Vor allem die GEW Ost hat dafür gekämpft, denn hier gab es die ganztägigen Kitas schon vor 1990 und wir haben sie uns nicht nehmen lassen. Wie wichtig frühkindliche Bildung ist, haben inzwischen zum Glück alle verstanden. Nicht nur, weil ganztägige gute Kita-Plätze Eltern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen. Sondern vor allem, weil sie allen Kindern eine faire Startchance geben. Eine Erzieherin hat mehr Einfluss auf den Bildungsweg eines Kindes als jede Gymnasiallehrkraft. Kitas

haben heute einen klaren Bildungsauftrag. Die GEW hat diese Entwicklung wesentlich vorangetrieben. Wir haben uns auch erfolgreich für die soziale Arbeit in den Schulen eingesetzt. Die meisten Schulen haben heute Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter.

**E&W:** Herr Dahlem, Sie standen lange Zeit an der Spitze der GEW in Baden-Württemberg. Im Rückblick auf diese lange Zeit, was macht für Sie die GEW aus?

**Dahlem:** Das Markenzeichen der GEW ist für mich ein Zweiklang: Einerseits kümmern wir uns um die Bezahlung, die Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen. Andererseits gestalten wir Reformen des Bildungssystems inhaltlich mit. Ohne uns würde das Bildungssystem sicher anders aussehen. Aber die Reformunfähigkeit der Politik heute macht mich trübsinnig. Seit fast 15 Jahren hat Baden-Württemberg einen grünen Ministerpräsidenten ...



Foto: privat



*Ohne uns würde das Bildungssystem sicher anders aussehen. Es wird weiterhin die GEW brauchen, damit Reformen endlich mal in Gang kommen.*



RAINER DAHEM

**E&W:** ... Winfried Kretschmann, einen ehemaligen Lehrer, der seit 50 Jahren Mitglied der GEW ist.

**Dahlem:** Genau. Ist Schule unter einer grün geführten Landesregierung gerechter geworden, gibt es mehr Chancengleichheit? Nein. Es wird weiterhin die GEW brauchen, damit Reformen endlich mal in Gang kommen.

**Stange:** Das gegliederte Schulsystem wird wie eine Monstranz vor uns hergeschoben. Deutschland schafft es nicht mal in Krisensituationen wie jetzt, daran etwas zu ändern. Der Lehrkräftebedarf ist extrem, wir wurschteln uns mit Seiteneinsteigern – meist ohne pädagogische Ausbildung – durch. Kinder müssen lernen, mit neuen Situationen umzugehen, um sich später in wechselnde Berufsfelder einarbeiten zu können. Wir müssen Empathie schulen, sie ist unverzichtbar in Dienstleistungsberufen, die immer wichtiger werden. Die Inklusion, das gemeinsame Lernen aller Kinder, muss vorangetrieben werden. Einiges ist erreicht, jetzt heißt es: dranbleiben!

**E&W:** Frau Finnern, was sind die wichtigsten inhaltlichen Themen für die nächsten Jahre?

**Finnern:** Mehr Chancengleichheit und bessere Bildungsfinanzierung. Das Bildungssystem steckt in einer multiplen Krise. Es gibt derzeit so wenig Chancengleichheit wie noch nie, die Ungleichheit wächst, das bestätigen alle Studien. Fachkräftemangel, Corona, die drastische Unterfinanzierung der Bildung verschärfen diese Ungleichheit dramatisch. Das beschäftigt uns existenziell. Schulen in schwierigen Lagen haben oft schlechtere Gebäude, bekommen schwerer Lehrkräfte, haben mehr unter der Pandemie gelitten. Wir müssen endlich Ungleiches ungleich behandeln ...

**E&W:** ... also benachteiligte Schulen finanziell viel besser unterstützen als andere ...

**Finnern:** ... unbedingt. Immerhin: Ungleiches ungleich behandeln – die Botschaft ist angekommen. Das zeigt sich auf Bundesebene in allen Debatten über Bildungsfinanzierung. Das ist ein Erfolg der GEW. Wir können uns ein unterfinanziertes Bildungssystem nicht mehr leisten. Überall prallt die Unterfinanzierung auf den riesigen Fachkräftemangel in Kitas und Schulen. Auf dem Bildungsgipfel 2008 wurde beschlossen, 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Bildung auszugeben – bislang hat Deutschland dieses Ziel nicht erreicht. Es ist Zeit, das zu ändern. ■

**BILDUNG GESCHENKT?**

Geschenk gefunden:

**OXFAMUNVERPACKT.DE**

OXFAM Deutschland

Einzigartige Geschenke, die Gutes tun.

**TAFEL DEUTSCHLAND**

Jedes Lebensmittel, das ungenutzt im Müll landet, verschwendet Ressourcen und belastet unser Klima. Pro Jahr sind das weltweit ...

- landwirt. Nutzfläche: 28% (1,4 Mrd. ha)
- Treibhausgase: 3,3 Mrd. t
- Wasserverbrauch: 1,300 Mrd. m<sup>3</sup>
- CO<sub>2</sub> für Transport/Produktion: 1,3 Mrd. t

Die über 960 Tafeln in Deutschland retten Lebensmittel und geben sie an über zwei Millionen armutsbetroffene Menschen weiter. Mit ihrem Einsatz tragen 60.000 Lebensmittelretter:innen zum Klimaschutz bei. [www.tafel.de](http://www.tafel.de) | Quelle: EAO, WWF



## DIE ARMEN ZAHLEN DIE ZECH

PATRICK SCHREINER, KAI EICKER-WOLF  
Politikwissenschaftler

*Neoliberale Mythen über Wirtschaft, Arbeit und Sozialstaat dominieren seit Jahren den politischen und medialen Diskurs. Patrick Schreiner und Kai Eicker-Wolf haben sich in ihrem Buch*

*„Wirtschaftsmärchen“ kritisch mit diesen Narrativen auseinandergesetzt. E&W veröffentlicht in einer vierteiligen Serie ausgewählte Kapitel. Zweiter Teil: „Einkommensteuern belasten die Leistungsträger.“*

**E**s war einmal ein junger Finanzstaatssekretär der CDU, dessen Gespür für gefällige Wahlkampfparolen ebenso groß war wie seine Karrierehoffnungen. Sein Name war Jens Spahn. Im Juni 2017 sagte er der Deutschen Handwerks Zeitung: „Wir wollen möglichst viele Leistungsträger entlasten. Und damit meine ich nicht Millionäre mit Jacht und Villa. Ich meine die Mittelschicht – Angestellte und Selbstständige.“ Die Handwerksbosse werden es mit Zufriedenheit gelesen haben. Wer in der Zukunft entlasten will, der unterstellt, dass in der Gegenwart (zu) viel belastet wird. In diesem Sinne will sich Spahn steuerpolitisch für „Leistungsträger“ in die Bresche werfen. Das ist ein neoliberaler Dauerbrenner, vor allem in Wahlkampfzeiten – aus gutem Grund: Die Rede von der „Entlastung der Leistungsträger“ dürfte auf breite Zustimmung stoßen. Dies umso mehr, als „Leistungsträger“ in diesem Zitat ja sogar die „Mittelschicht“ umfassen soll, der sich viele Menschen zurechnen.

Und doch dient diese Parole letztlich dazu, steuerliche Umverteilung von unten nach oben zu rechtfertigen (und zugleich unkenntlich zu machen). Sie macht dies aus mindestens zwei Gründen: Erstens bezahlt der ärmere Teil der Bevölkerung gar keine Einkommensteuer. Die Einkommen dieser Menschen sind schlicht zu niedrig. Viele von ihnen gehen allerdings sehr wohl einer Arbeit nach; oft genug werden ja gerade besonders belastende und anstrengende Tätigkeiten schlecht bezahlt. Viele Menschen mit geringem Einkommen können, ja müssen also durchaus als „Leistungsträger“ im Sinne der (auf Erwerbsarbeit verkürzten) Definition von Spahn gelten. Von einer Senkung der Einkommensteuer oder anderer Steuern hätten sie aber nichts.

**Am Ende wird bei jeder Entlastung des mittleren Einkommensbereichs eine mindestens genauso hohe, wenn nicht noch höhere Entlastung der Spitzenverdienenden herauskommen.**

Ganz im Gegenteil: Verschlechtern oder verteuern sich aufgrund geringerer Steuereinnahmen bestimmte öffentliche Leistungen, so trifft dies die Ärmsten mehr als Reiche. Denn vor allem erstere sind auf preiswerte und gute öffentliche Dienste (etwa verlässliche Kitas, Schulen, Jugendzentren und Personennahverkehr) sowie intakte Infrastrukturen angewiesen. Auch trifft es die Ärmsten besonders, wenn Einkommensteuersenkungen

etwa durch höhere Umsatzsteuern gegenfinanziert werden, wie Neoliberale es gerne fordern. Hinzu kommt zweitens: Am Ende wird bei jeder Entlastung des mittleren Einkommensbereichs eine mindestens genauso hohe, wenn nicht noch höhere Entlastung der Spitzenverdienenden herauskommen. Der Grund dafür ist die progressive Gestaltung der Einkommensteuer, wie sie fast alle Staaten haben. Wer ein höheres Einkommen bezieht, kann und soll mehr zum Gemeinwesen beitragen. Deshalb sind die Steuerzahlungen auf hohe Einkommen in der Regel höher als auf kleine und mittlere. In vielen Ländern (auch in Deutschland, Österreich und der Schweiz) wird dies dadurch gewährleistet, dass die Steuersätze für hohe Einkommensteile höher sind als für untere und mittlere Teile. Auf die ersten 50.000 Euro bezahlt ein Millionär dann (unter ansonsten gleichen Voraussetzungen) die gleichen Steuern wie jemand, dessen Einkommen diese 50.000 Euro nicht überschreitet. Erst auf die darüber hinausgehenden Einkommensbestandteile leistet der Millionär einen höheren Steuersatz. Im Klartext: Nicht nur Spahns „Angestellte und Selbstständige“ freuen sich über Steuersenkungen, sondern auch und gerade Großunternehmer und Top-Manager. Dieser unschöne Effekt lässt sich vermeiden. Dazu ist es notwendig, nicht einfach nur die Steuersätze auf untere und mittlere Einkommensbestandteile zu senken, sondern zugleich die Steuersätze auf hohe anzuheben. Davon aber wollen Spahn & Co. nichts wissen. Und genau aus diesem Grund ist es reine Augenwischerei, wenn sie behaupten, sie zielten mit ihren Entlastungen auf „die Mittelschicht“. Ein neoliberales Märchen eben. ■

Kai Eicker-Wolf ist Referent für finanzpolitische Fragen der GEW Hessen, Patrick Schreiner ist Mitarbeiter bei der ver.di-Bundesverwaltung, Abteilung Wirtschaftspolitik. Das Buch der beiden geht in Teilen zurück auf die Kolumne „Märchen des Neoliberalismus“, die die Autoren in den Publikationen Lunapark21 und OXI veröffentlichten. Patrick Schreiner, Kai Eicker-Wolf: Wirtschaftsmärchen. Hundertundeine Legende über Ökonomie, Arbeit und Soziales, PapyRossa-Verlag 2023

# KAHLSCHLAG BEI GOETHE



**MATTHIAS HOLLAND-LETZ**  
freier Journalist

*Ende September 2023 gab der Vorstand des Goethe-Instituts bekannt, dass weltweit neun Institute geschlossen und rund 100 Stellen abgebaut werden. Betroffen sind Standorte in Frankreich (s. auch Seite 40 f.), Italien und den Niederlanden, aber auch in Japan, Brasilien und den USA – mit schwerwiegenden Folgen für die Beschäftigten.*

Das Durchschnittsalter an den meisten zu schließenden Instituten ist über 50“, erklärt Heiko Püchel, Vorsitzender des Euro-Betriebsrates (BR), der die Beschäftigten des Goethe-Instituts in 30 europäischen Ländern vertritt. „Die meisten dürften es äußerst schwer haben, sich im Gastland auf dem Arbeitsmarkt neu zu positionieren.“ Etwa zwei Drittel der Beschäftigten seien Frauen. Ob sich Sozialpläne aushandeln lassen, sei unklar. „Das entscheidet sich strikt nach dem Landesrecht des Gastlandes.“ In günstigen Fällen, so Püchel, gebe es eine Abfindung, deren Höhe sich nach der Beschäftigungsdauer richte. Womöglich könnten auch Schulungen oder Eingliederungshilfen angeboten werden.

Der Vorsitzende des Euro-BR übt heftige Kritik: „Es wäre besser gewesen, wenn der Vorstand vor dieser Entscheidung mit uns geredet hätte.“ Der Euro-BR habe gewusst, dass etwas komme und es Gewinner und Verlierer geben werde. „Wir haben schon vor Monaten auf verschiedenen Wegen gefragt, ob wir bestimmte Maßnahmen besprechen können.“ Dann hätte man „in bestimmten Instituten mit der Personalvertretung reden können, ob zum Beispiel Angebote zur Frühverrentung möglich sind“. Nun werde sich der Euro-BR anhören, wie der Vorstand seinen Beschluss begründet. „Und dann die Entscheidung hinterfragen, bis hin zur Stellungnahme mit dem Versuch, die Maßnahme abzumildern.“ Die Stimmung im Goethe-Institut sei nicht gut. „Es herrscht eine Verunsicherung, wie es mit den Arbeitsplätzen weitergeht“, sagt Püchel. Es gebe zudem viel Enttäuschung, „weil die finanziellen Mittel vor Ort für Projekte und Kulturarbeit häufig sehr gering sind“.

**Die GEW fordert, frei werdende Mittel für eine bessere Bezahlung der Ortskräfte zu verwenden.**

Auch Martina Schäfer, Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates der zwölf Goethe-Institute in Deutschland und der Münchner Zentrale, hat kein Verständnis für das Verhalten des Arbeitgebers. „Wenn rechtzeitig mit uns gesprochen worden wäre, hätten wir Lösungen gefunden“, so Schäfer, die auch als stellvertretende Sprecherin der „Arbeitsgruppe Goethe“ der GEW aktiv ist.

DAS GOETHE-INSTITUT SOLL DIE KENNTNIS DER DEUTSCHEN SPRACHE IM AUSLAND FÖRDERN UND DIE KULTURELLE ZUSAMMENARBEIT PFLEGEN. WAS WOHL DER GROSSE DEUTSCHE DICHTER, DER NAMENSGEBER, ZU DEN PLÄNEN GESAGT HÄTTE, STANDORTE ZU SCHLIESSEN? IM BILD: LICHTINSTALLATION AN DER FASSADE DES GEBÄUDES DES GOETHE-INSTITUTS IN PRAG.



Foto: IMAGO/CTK Photo

Die Schließung der neun Standorte ist Teil eines „Zukunftskonzeptes“, das der Vorstand des Goethe-Instituts gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt entwickelt hat. Zum einen gelte es, so der Vorstand, eine Sparvorgabe von 24 Millionen Euro pro Jahr einzuhalten. Zum anderen sollen Mittel frei werden, um die verbleibenden 149 Institute zu stärken. Schäfer sieht hier die Chance, GEW-Forderungen umzusetzen – vor allem mit Blick auf die Entlohnung der Beschäftigten des Goethe-Instituts, die zumeist Bürgerinnen und Bürger des Gastlandes sind. „Was jetzt eingespart wird, muss auch dafür eingesetzt werden, um die Ortskräfte ortsüblich und angemessen zu bezahlen“, fordert sie. „Aufgrund der Inflation verdienen sie in einigen Ländern absurd wenig.“ Die GEW begrüße, dass sich auch der Vorstand für diese Forderung einsetzt. Zum „Zukunftskonzept“ gehört zudem, dass sich das Goethe-Institut weltweit künftig stärker um die Fachkräftegewinnung kümmern soll. „Das ist auf jeden Fall zu unterstützen“, urteilt Schäfer. Schon heute gebe es

an vielen Standorten sogenannte Vorintegrationsprojekte: „Das bedeutet, dass Goethe-Institute im Ausland die Menschen, die in Deutschland leben und arbeiten möchten, sprachlich und kulturell vorbereiten.“ Außerdem sei bereits an sechs Standorten in Deutschland für zugewanderte Menschen ein sogenanntes Übergangsmangement eingerichtet worden. „Da gibt es Beraterinnen und Berater für persönliche Fragen: Wie finde ich eine Wohnung, wie finde ich einen Sprachkurs, wie finde ich Anschluss an meinen Beruf?“ Dass das vom Goethe-Institut begleitet werde, „finden wir sehr gut“. Der Vorstand plant zudem, das Engagement in Mittel- und Osteuropa, im Kaukasus, im Südpazifik und im Süden der USA zu verstärken. Dass dies zu Lasten west- und südeuropäischer Institute geschehen soll, stößt bei Püchel vom Euro-BR auf Unverständnis: „Wir haben ein Extremismus-Problem in Europa. Wir haben autoritäre Bewegungen, autoritäre Regierungen in Europa. All das spricht gegen die Schließung europäischer Standorte.“ ■



GO  
IN

DREI DER NEUN EIN-  
RICHTUNGEN DES  
GOETHE-INSTITUTS IN  
FRANKREICH SOLLEN  
GESCHLOSSEN WERDEN.

## FATALES SIGNAL

**CHRISTOPH RUF**  
freier Journalist

*Die geplante Schließung von Standorten des Goethe-Instituts in Frankreich hat rechts und links des Rheins harsche Kritik hervorgerufen (s. auch Seite 38 f.).*

**W**ie eng Deutschland und Frankreich verbunden sind, merkt man vielleicht am besten im Grenzgebiet. Zehntausende überqueren täglich den Rhein. Zum Einkauf-

fen oder um zur Arbeit ins Nachbarland zu fahren. Kein Wunder also, dass es in Straßburg für dicke Schlagzeilen sorgte, als das deutsche Auswärtige Amt Ende September ankündigte, dass drei der neun Goethe-Institute in Frankreich geschlossen werden. „Empörungswelle nach der Schließung des Goethe-Instituts“, titelte die größte Tageszeitung, die Dernières nouvelles d’Alsace. Neben den Einrichtungen in Lille und Bordeaux wird auch das Verbindungsinstitut am Sitz des Europäischen Parlaments in Straßburg Ende Januar 2024 schließen. Der Hintergrund: Weltweit muss das Goethe-Institut rund 10 Prozent seines Jahresetats in Höhe von 239 Millionen Euro einsparen. In Italien fallen Turin, Genua und Triest weg. Neapel wird als Torso ohne eigene Räumlichkeiten weitergeführt.



# GOETHE INSTITUT

Grafik: Goethe-Institut e. V.

Auch in Italien zeigen sich Intellektuelle und Kulturschaffende brüskiert, dass im Lieblingsland des Namensgebers der Institute der Rotstift angesetzt wird. Mehrere Tausend Menschen haben bereits ein Manifest gegen die Schließungen unterschrieben, darunter der Anti-Mafia-Schriftsteller und Journalist Roberto Saviano. Auch Andrea d'Onofrio, Geschichtsprofessor an der Universität Neapel, warnte in einem Interview mit dem Deutschlandfunk vor „nicht wieder gut zu machenden Schäden für das Kulturverständnis und die Deutsch-Sprachkenntnisse in Italien, die fundamental sind für den Kulturtransfer und die deutsch-italienische Verständigung“. Unterdessen wurden von der Institutsleitung in Italien bereits Fakten geschaffen: Im Goethe-Institut in Neapel haben zehn der elf Beschäftigten ihre Kündigung erhalten.

Trotz des nun geringeren Budgets will sich das Goethe-Institut künftig verstärkt in Osteuropa engagieren, auch auf den Fidschi-Inseln und in Texas sind neue Ableger geplant. Die Prioritäten führen also weg von den europäischen Kulturnationen – hin zu Regionen, in denen Deutschland vor allem ökonomische und geostrategische Interessen hat. Wirklich frei war die Institutsleitung offenbar nicht bei ihrer Prioritätensetzung: Der Haushaltsausschuss des Bundestages hatte 2022 14 Millionen

Euro des Etats mit einer Sperre belegt und „Reformen“ angemahnt. Nun steht dieses Geld dem Institut wieder zur Verfügung.

Von einer „Transformation“, die die eigene Handlungsfähigkeit sichere, sprach Carola Lentz, die Präsidentin des Goethe-Instituts. Und rief damit eine bissige Replik in „Le Monde“ hervor: Laut Lentz gehe es dem Institut darum, „die demokratischen Werte zu verfestigen und den entstehenden Nationalismus und Populismus zu bekämpfen“, schrieb das linksliberale Blatt. „Als ob diese Fragen in West- und Osteuropa schon ausgestanden wären!“ Überhaupt sorgte die Nachricht von den Schließungen im Nachbarland für scharfe Kritik. Aus dem Umfeld von Staatspräsident Emmanuel Macron heißt es, man habe seit längerem den Eindruck, dass die Ampel-Regierung sich zunehmend gen USA orientiere und weniger Wert auf die besonderen deutsch-französischen Beziehungen lege. Die Schließungen der drei französischen Standorte werden als weiterer Beleg dafür gesehen – auch von Le Monde: „Man tut so, als ob die deutsch-französische Aussöhnung abgeschlossen wäre.“



*Man tut so, als ob die deutsch-französische Aussöhnung abgeschlossen wäre.*



LE MONDE

Den Vorwurf der Geschichtsvergessenheit erhebt auch Jörg Bong, der unter dem Pseudonym Jean-Luc Bannalec mit Bretagne-Krimis zum Bestseller-Autor wurde: „Was Baerbock (Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne), Anm. d. Red.) mit Füßen tritt, ist nichts weniger als das europäische Erbe und insbesondere die deutsch-französische Freundschaft“, schreibt er in der Süddeutschen Zeitung. Das passe ins Bild. „Die gegenwärtige Regie im Auswärtigen Amt – wie überhaupt beinahe die gesamte deutsche Regierung – hat die deutsch-französischen Beziehungen in so vielem so heftig demoliert wie noch keine zuvor.“ Und das alles wegen Einsparungen in Höhe von 24 Millionen Euro. Zum Vergleich: Ein „Leopard“-Kampfpanzer, die Bundeswehr hat gerade 18 bestellt, kostet 29,2 Millionen Euro. ■

# TRAURIGE BARBIE

**MARTINA HAHN**  
freie Journalistin

*Die meisten Spielzeuge, die hierzulande verkauft werden, wurden in Asien hergestellt – unter teils schlimmen Arbeitsbedingungen. Darauf können vor Weihnachten Lehrkräfte aufmerksam machen. Eltern sollten beim Weihnachtseinkauf auf fair(er) produziertes Spielzeug achten.*

Zwischen 167 und 195 Euro pro Monat – mehr verdienen die Arbeiterinnen und Arbeiter in vietnamesischen Spielzeugfabriken auch bei einer Sechs-Tage-Woche nicht. Ohne Überstunden, oft bis zu 110 im Monat, schaffen es viele nicht, ihre Familien über die Runden zu bringen.

Nicht viel besser ist die Lage für die Fabrikarbeitenden in China, dem Spielzeug-Produktionsland Nr. 1. Dort sind die Löhne in den zurückliegenden Jahren zwar gestiegen – „doch auch in China zahlen Mattel, Hasbro, Lego, Disney & Co. den Menschen nicht so viel, dass es zum Leben reicht“, sagt Anna Backmann von der Nichtregierungsorganisation (NGO) Christliche Initiative Romero, kurz CIR.

Jedes Jahr fasst CIR in ihrem Toys Report die Missstände zusammen, auf die Rechercheure sowie lokale Gewerkschaftsaktivistinnen und -aktivisten in Spielzeugfabriken gestoßen sind. Im soeben erschienenen Bericht liegt der Fokus auf Vietnam. „In dieses Land wandern derzeit viele Marken ab, hier können sie noch billiger als in China produzieren, hier wird die Einhaltung der Arbeitsrechte noch laxer kontrolliert“, so Backmann.

Der Toys Report 2023 zeigt: Seit dem ersten Bericht 2017 haben sich die Arbeitsbedingungen in den Fabriken verschlechtert. „Trotz unserer Enthüllungen und Forderungen stoßen wir immer wieder auf die gleichen



VIELE HERSTELLER VON SPIELZEUG HABEN IN DEN VERGANGENEN JAHREN IHRE PRODUKTION VON CHINA NACH VIETNAM VERLAGERT, WEIL DIE LÖHNE HIER NOCH NIEDRIGER UND DIE ARBEITSSCHUTZMASSNAHMEN NOCH LAXER SIND.

Foto: CIR

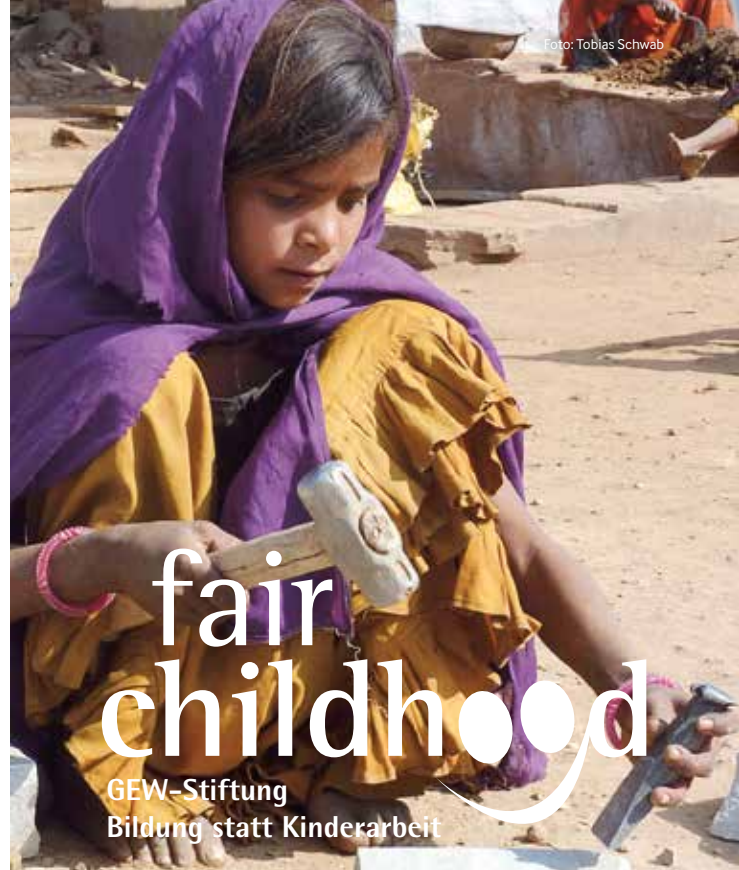
Misstände“, sagt Backmann. Noch immer werden die Menschen massiv unterbezahlt, Schwangere oder Saisonarbeiterinnen und -arbeiter diskriminiert, Männer und Frauen giftigen Chemikalien ausgesetzt, weil sie mit Farbverdünner oder Lösungsmitteln hantieren müssen. Schutzkleidung verteilen die Fabrikbosse oft nur vor Audits und Inspektionen. Wer gegen diese Praktiken etwa in China protestiere oder Rechtsverstöße anprangere, dem droht Kündigung oder Haft, sagt der Gewerkschaftsaktivist Li Qiang, Gründer von China Labour Watch.

**Kontrollen finden zu selten statt – und meist werden sie angekündigt.**

Gleichzeitig verkündet die Branche steigende Umsätze. „Leider sind die wenigsten Unternehmen bereit, alles dafür zu tun, um Risiken in der Produktion auszuschließen“, kritisiert Backmann. Oft ist das Gegenteil der Fall: Viele Marken üben über Lieferfristen und Abnahmepreise einen so großen Druck auf die Fabriken aus, dass diese die Arbeitsbedingungen häufig gar nicht verbessern können. Trotzdem werben Hersteller und Handel mit sozial nachhaltigen Zertifizierungen und Siegeln wie der Business Social Compliance Initiative (BSCI) oder dem Ethical Toy Program (ETP) des Weltspielwarenverbandes. Doch solche meist freiwilligen und brancheninternen Sozialaudits seien wenig glaubhaft, kritisiert CIR: Die Kontrollen fänden zu selten statt – und würden meist angekündigt.

Eltern sowie Kita-Erzieherinnen und -Erzieher können sich beim Kauf von Spielzeug dennoch an ein paar verlässlichen Gütezeichen orientieren. Sie können fair Erzeugtes im Weltladen oder Second Hand kaufen. Oder auf das neue Fair-Toys-Siegel achten, das die Fair Toys Organisation vergibt. In dieser arbeiten Zivilgesellschaft und einige Mitgliedsfirmen gemeinsam an besseren Arbeitsbedingungen in den Fabriken; darunter Fischertechnik, Heunec, Plasticant Mobilo, Haba, Sigikid und Zapf. „Auch diese Unternehmen können keine einwandfreie und sozial saubere Lieferkette garantieren, aber sie legen offen, wo sie produzieren, und sie lassen ihre Lieferketten transparent überprüfen“, sagt Backmann. „Leider beteiligen sich daran bislang nur 16 der 630 Spielwarenunternehmen, die es in Deutschland gibt.“ ■

Infos und Unterrichtsmaterial: [gew.de/ew-12-23](http://gew.de/ew-12-23)



fair  
childhood

GEW-Stiftung  
Bildung statt Kinderarbeit

## Kindern eine Kindheit geben

**Mach mit! Unterstütze die Projekte  
der GEW-Stiftung *fair childhood*.**

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,  
**IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00**  
**BIC: BFSWDE33MUE**

[www.gew.de/internationales/fair-childhood](http://www.gew.de/internationales/fair-childhood)

*fair childhood* ist eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft  
der Stiftung Kinderfonds

**Ja,** ich möchte mehr Informationen *fair childhood*.  
Bitte sendet mir weitere Informationen zu.

E&W 12/23\_01/24

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

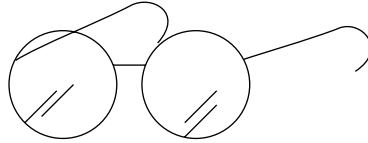
Bitte sende diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

**fair childhood**  
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit“  
Reifenberger Straße 21  
60489 Frankfurt am Main

**fair  
childhood**  
GEW-Stiftung  
Bildung statt Kinderarbeit

# MITGLIEDERFORUM

---



## GRENZEN DER DEMOKRATIE

(E&W 9/2023, SEITE 6 FF.: „SCHWERPUNKT DEMOKRATIEBILDUNG“)

Die bürgerliche Demokratie, die gegenüber den absolutistischen Herrschaftsformen einen historischen Fortschritt bedeutete, entsprach zur Zeit ihrer Herausbildung dem Stand der Produktivkräfte und den sie fördernden Produktionsverhältnissen. Sie diene so der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung.

Die Werktätigen hatten sich mit der Gründung der Gewerkschaften und Parteien eine Reihe demokratischer Rechte und Freiheiten erkämpft, wie das Recht zu wählen und gewählt zu werden, Presse- und Versammlungsfreiheit etc., die auch in mehr oder weniger klarer Form in die Verfassungen der bürgerlichen Staaten Eingang fanden.

Die bürgerliche Demokratie beruht auf dem kapitalistischen Eigentum an den Produktionsmitteln. Deshalb kann es dort, wo das Volk nicht Eigentümer der Produktionsmittel ist, auch keine Volksherrschaft, Demokratie geben! Jede bürgerliche Demokratie, und sei sie noch so entwickelt, findet letztlich ihre Grenzen am Profitstreben der Besitzer der Produktionsmittel!

Ungeachtet dieser Beschränkungen in der bürgerlichen Demokratie ist der Kampf aller Lohnabhängigen in den kapitalistischen Staaten für ein hohes Maß demokratischer Freiheiten und Rechte bedeutsam. Möglich wurde dieses auch in Deutschland in besonderem Maße durch den Kampf der Einzelgewerkschaften des DGB.

Ulrich Bald, Hagen

## ARGUMENTATION KURZSCHLÜSSIG

(E&W 9/2023, MITGLIEDERFORUM SEITE 46: „OPIUM FÜR DAS VOLK“)

Abgesehen davon, dass es bei Karl Marx korrekt heißt „Opium des Volkes“, was etwas ganz anderes bedeutet (nachzulesen in der „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“): (...) Das Ausspielen von Wissenschaft gegen Religion ist schon deshalb falsch, weil beide auf unterschiedlichen Methodiken beruhen, was daher notwendigerweise auch ihre Sprachen betrifft, in denen sie ihre Erkenntnisse formulieren. Wer dies nicht berücksichtigt, argumentiert kurzschlüssig. So als wolle man Poesie, Malerei und Musik als unwissenschaftlich abtun. Religion ist aber jenen eng verwandt.

Wirkliche Naturwissenschaftler wissen sehr genau um die methodischen Grenzen ihrer Disziplin. „Das Wissen um die Existenz des für uns Undurchdringlichen, der Manifestationen tiefster Vernunft und leuchtendster Schönheit, die unserer Vernunft nur in den primitivsten Formen zugänglich sind, dies Wissen und Fühlen macht wahre Religiosität aus; in diesem Sinn und nur in diesem gehöre ich zu den tief religiösen Menschen.“ (Albert Einstein, „Mein Weltbild“, Zürich 2005). „Religion ist die Bindung des Menschen an Gott ... Es ist der stetig fortgesetzte, nie erlahmende Kampf gegen Skeptizismus und gegen Dogmatismus, gegen Unglaube und gegen Aberglaube, den Religion und Naturwissenschaft gemeinsam führen“ (Max Planck, „Religion und Naturwissenschaft“, Barth-Verlag 1947).

Hans Hinterkeuser, Bonn

### KARL MARX FALSCH ZITIERT

Mir fiel die Überschrift zu Ulrich Balds Beitrag im Mitgliederforum ins Auge – entstammt sie seiner Zuschrift oder der Feder der Redaktion? Im letzteren Fall bäte ich, falls nicht intendiert, um die Richtigstellung des Marx-Zitats zu „Opium des Volkes“. Kleiner Schritt für die Grammatik, großer Schritt für die Aussage.

Patrick Hesse, Freiburg i. Br.

### **Anm. d. Red. zu den beiden voranstehenden Leser-**

**briefen:** In Abwandlung des Marx-Zitates („Opium des Volkes“, Einleitung der Schrift „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“, 1844) hat die Redaktion die Kernaussage des Leserbriefes von Ulrich Bald in der Überschrift – wie journalistisch üblich – pointiert zusammengefasst und ihr so – der Intention des Leserbriefschreibers entsprechend – einen stärkeren Drall in Richtung der gesellschaftlich-sozialen Funktion von Religion, das Volk von (wissenschaftlicher) Aufklärung fernzuhalten, gegeben.

### AUF VERSCHLEISS GEFAHREN

(E&W 10/2023, SEITE 24 F.: „OHNE EINE KAMPAGNE WIRD ES NICHT FUNKTIONIEREN“)

Die Kultusminister verweigern die Erfassung der Arbeitszeit, weil sie wissen, dass die Fülle der von den Lehrkräften zu leistenden Aufgaben nicht in der gesetzlich und/oder tariflich fixierten Arbeitszeit zu schaffen ist. Das ist durch diverse Studien (...) mehr als eindeutig belegt. Nur einmal zur Illustration: 2021 fielen bei der Bremer Polizei über 370.000 Überstunden an. Das ergab sich aus einer Mischung von personeller Unterausstattung und den pandemiebedingten erhöhten Anforderungen. Diese Überstunden mussten natürlich bezahlt werden und sie führten zu politischen Debatten mit der Folge, dass die Stellen in diesem Bereich aufgestockt wurden. Im wesentlich größeren Bildungsbereich fielen NULL Überstunden an, weil die höheren Anforderungen durch Arbeitsverdichtungen aufgefangen wurden. Natürlich gab es auch keine Debatten über Vergütungen und notwendige Stellenaufstockungen. (...) Das Bildungssystem wird so immer stärker auf Verschleiß gefahren. Damit werden die heutigen Kinder um ihre Zukunftschancen betrogen und die Gesundheit der Mitarbeiter\*innen zunehmend gefährdet. (...) Es ist höchste Zeit, dass unsere Gewerkschaft und auch ihre Mitglieder diesem

Irrsinn mit allen politischen und rechtlichen Mitteln ein Ende bereiten.

Helmut Zachau, Bremen

### WARUM BESCHREITET DIE GEW NICHT DEN RECHTSWEG?

Das Bundesarbeitsgericht hat in seinem Urteil vom September 2023 festgestellt, dass eine gesetzliche Pflicht zur Arbeitszeiterfassung für alle Arbeitgeber besteht. Daraus leitet sich in einem Rechtsstaat ab, dass man den Rechtsweg beschreitet, um zu seinem Recht zu kommen und nicht eine Kampagne startet, um die Arbeitgeber zu bitten, geltendes Recht einzuhalten.

Ich frage mich, warum die GEW den Rechtsweg nicht längst beschritten hat, und wenn es die GEW als Gewerkschaft nicht kann, warum sie nicht ein Mitglied unterstützt hat, diesen Weg zu gehen?

Sollte es auch einem Mitglied nicht möglich sein, auf Einhaltung dieser gesetzlichen Verpflichtung zu klagen, so muss man den Umweg über die Unfallkasse gehen. Die Unfallkasse ist verantwortlich dafür, die Einhaltung der Arbeitsschutzgesetze durch die Arbeitgeber zu kontrollieren. Dies setzt voraus, dass die Arbeitgeber die Arbeitszeiten erfassen. Tun sie dies nicht, verletzen sie ihre Pflichten im Rahmen des Arbeitsschutzes, und die Unfallkasse ist verpflichtet, dagegen vorzugehen.

In der Privatwirtschaft haben Berufsgenossenschaften in diesem Kontext schon drastische Geldstrafen gegen Unternehmen verhängt!

Nikolaus Marbach, Berlin

### ELTERN IN DER PFLICHT

(E&W 10/2023, SEITE 28 FF.: „WIR HABEN UNS ZU WENIG UM DIE KITAS GEKÜMMERT“)

Ja, der frühkindlichen Bildung im Krippen- und Kita-Bereich ist immer noch nicht genügend Beachtung geschenkt worden. Neben Spracherwerb können den Kindern hier viele Kompetenzen für den weiteren Bildungsweg vermittelt werden. Selbst bei hundertprozentigem Platzangebot fehlen aber gerade die Mädchen und Jungen im vorschulischen Bereich, die am meisten darauf angewiesen wären. Sie bleiben schlicht weg!

Ich habe mehrfach selbst als Vorsitzender des Kinder- und Jugendausschusses der Stadt Uelzen Eltern begleitet >>>

und unterstützt, damit sie ihre Kinder in Kitas anmelden. Ein bis zwei Wochen ging alles gut. Danach kamen die Kinder immer später in die Kitas. Alle Gespräche mit den Eltern nutzten auf Dauer nichts, die Kinder kamen um 10 Uhr, 11 Uhr, häufig gar nicht, so dass die Kita-Leitung jeweils nach sechs Monaten aufgab.

Es ist richtig, für ausreichend Personal und Plätze in den Krippen und Kitas zu sorgen. Wenn Eltern ihre Kinder nicht in die Kitas bringen, weil sie zum Beispiel morgens nicht aufstehen oder aus welchen Gründen auch immer, wird sich nichts daran ändern, „...“, dass die Unterschiede bei Bildungskompetenzen schon bei Zweijährigen festzustellen sind, zum Beispiel beim Spracherwerb“.

Jörg Kramer, Uelzen

### NICHT NUR EINE GELDFRAGE

(E&W 10/2023, SEITE 40 F.: „MEHR AKADEMIKER, MEHR UNGELERNT“)

Die OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2023“ überrascht nicht. Das Problem, dass es immer mehr Ungelernte in Deutschland gibt, kann nicht primär mit Geld behoben werden. Schon 2019 stellte das Bundesamt für Statistik fest, dass von bis dahin über sieben Millionen nach Deutschland Zugewanderten mit eigener Migrationserfahrung (also nicht nur denen aus 2015/16) 3,4 Millionen keinen berufsbildenden Abschluss hatten, und – weitgehend überlappend – 1,5 Millionen keinen allgemeinbildenden. Diese Zahlen steigen seit 18 Monaten wieder. (...)

Meine Internationale Vorbereitungsklasse (9/10) ist eine von Hunderten, die Hamburg ab März 2022 eingerichtet hat. Von den Kenntnissen in der deutschen Sprache abgesehen würden die ukrainischen, belarusischen, indischen 15- und 16-jährigen Schüler locker in einem deutschen Schulsystem reüssieren und viele andere Schüler fächerübergreifend ausstechen. Das gilt nicht für die gleichaltrigen afghanischen, türkischen, rumänischen Schüler, die sich auf dem Niveau der 6. Klasse befinden. (...) Die fehlende Außendifferenzierung (...), die ein direkter Folgeeffekt der rundum ungeordneten deutschen Zuwanderungspolitik ist, kann natürlich nicht durch Binnendifferenzierung aufgefangen werden. So werden alle Schüler in dieser Klasse suboptimal beschult.

Thomas Martini, Hamburg

### WICHTIGER BEITRAG

(E&W 11/2023, SEITE 6 FF.: „DA GUCKT JEMAND HIN“)

In der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung wurde ich vor einigen Jahren mit dem Mobbing eines Gesamtschülers konfrontiert, der damals – im ersten Corona-Lockdown – die 5. Klasse besuchte. Er leidet bis heute unter den gravierenden Folgen des Mobbings. Aus diesem Grund ist der Beitrag von Kathrin Hedtke so wichtig! Bei dem angeführten Betroffenen, der die Grundschule erfolgreich absolviert hat, hat nämlich in der weiterführenden Schule keiner hingeguckt.

Gespräche mit den LehrerInnen führten nur zu dem Resultat, dass dem gemobbten Schüler geraten wurde, sich zu ändern. Wenn der Schüler sich ändert, dann wird alles gut? Nichts wurde gut: Seit Schuljahresbeginn hat der heute 14-Jährige eine Schulangst entwickelt, die letztlich eine komplette Schulverweigerung nach sich zog.

Prof. Carsten Rensinghoff, Witten

### ÜBER DIE HAMAS AUFKLÄREN

(E&W 11/2023, RUBRIK „INTERNATIONALES“)

Nichts gegen einen Vier-Seiten-Bericht über den Stand der Digitalisierung an der Deutschen Schule in Tallinn. Aber nach dem barbarischen Terrorangriff der Hamas hätte man doch von unserer Mitgliederzeitschrift erwarten können, dass sie dazu in der Rubrik „Internationales“ aktuelle Stimmen zu Wort kommen ließe, insbesondere die der KollegInnen und Kollegen unserer israelischen Partnergewerkschaft Histadrut HaMorim. Noch im August trafen sich 20 von ihnen mit GEW-KollegInnen zum gemeinsamen Seminar – wie seit fast 60 Jahren. Natürlich wären auch Statements der palästinensischen GUPT, die mit der GEW und Histadrut HaMorim zusammen in der ITU (International Teacher's Union) organisiert ist, von Interesse. Diese PLO-Kollegen (fast ausschließlich Männer) wurden nach der gewaltsamen Machtübernahme der Hamas 2007 sofort aus den Schulen in Gaza vertrieben. Die E&W hätte auch aufklären können über die Erziehungsziele der Hamas oder über die von ihnen zugelassenen Schulbücher, in denen Israel schon nicht mehr existiert und Frauen und Minderheiten ignoriert werden. Und welche Lehrgewerkschaft unter der Hamas tätig sein darf. (...)

Franz Dwertmann, Bremen

**Anm. d. Red.:** Die Redaktion hat auf eine Berichterstattung in der E&W verzichtet, da die Entwicklung in dem Konflikt dynamisch und eine Monatszeitschrift für die Berichterstattung darüber nicht das geeignetste Medium ist. Die GEW hat unmittelbar nach dem Pogrom der Hamas in einem Solidaritätsbrief an die israelische Bildungsgewerkschaft Histadrut HaMorim ihre Bestürzung und Trauer über diesen terroristischen Angriff ausgedrückt. Diesen Brief, weitere Berichte, Hintergrundinfos und Unterrichtstipps: [kurz.gew.app/israel-gaza](https://www.gew.app/israel-gaza) und [kurz.gew.app/solidaritaet-israel-gaza](https://www.gew.app/solidaritaet-israel-gaza)

## Kontakt

### Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.

E-Mail: [katja.wenzel@gew.de](mailto:katja.wenzel@gew.de)

Beiträge im Mitgliederforum spiegeln nicht die Meinung der Redaktion wider.

Die Redaktion bittet darum, die Leserinnen- und Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 1.200 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden.

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen.

Anonym zugesandte Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

**Berlin**  
Schülertouren  
Mauer und Szene Tour,  
Demokratie Tour  
[berlin.kiezjungs.com](https://www.berlin.kiezjungs.com)

**Hamburg**  
Schülertouren  
St. Pauli, Speicherstadt, Hafensrundfahrt  
[kiezjungs@gmail.com](mailto:kiezjungs@gmail.com), T: 040-27872891  
[www.kiezjungs.com](https://www.kiezjungs.com)

<https://psychotherapie-online-hjw.com>  
professionell – diskret –  
schnelle Hilfe zum fairen Preis!

Ihre Anzeige in der E&W:  
[anzeigen@stamm.de](mailto:anzeigen@stamm.de)

  
**Werde Wunscherfüller:in**  
**Jetzt helfen und spenden!**  
Stichwort: **Anzeige Wünschewagen**  
[www.wuenschewagen.de](http://www.wuenschewagen.de)



**Der Wünschewagen**  
Letzte Wünsche wagen

**Die Quintenzirkeluhr ...**  
UvdS  
... und UvdS-Design wünschen frohe  
Weihnachten und ein gutes Jahr 2024.  
UvdS-design.com  
info@uvds-design.com  
Jetzt 5% Rabatt:  
Rabattcode EW23

[www.schulorganisation.com](http://www.schulorganisation.com)  
**Dokumentation**  
**Organisation**  
**Rechtssicherheit**  
☎ 02521 29905-10  
SCHULORGANISATION  
Verlage Flöttmann & Langenkämper



**TOSKANA**  
Urlaub im BIO-Weingut.  
Ferienhäuser, FEWOs, Zimmer mit HP,  
großen Pool in wundersch. Landschaft  
und exzellenter toskanischer Küche.  
Ermäßigung für GEW-Mitglieder!  
Tel./Fax 0039-571-408041  
info@aglion.it, [www.aglion.it](http://www.aglion.it)

 **ROCKET**  
EDU

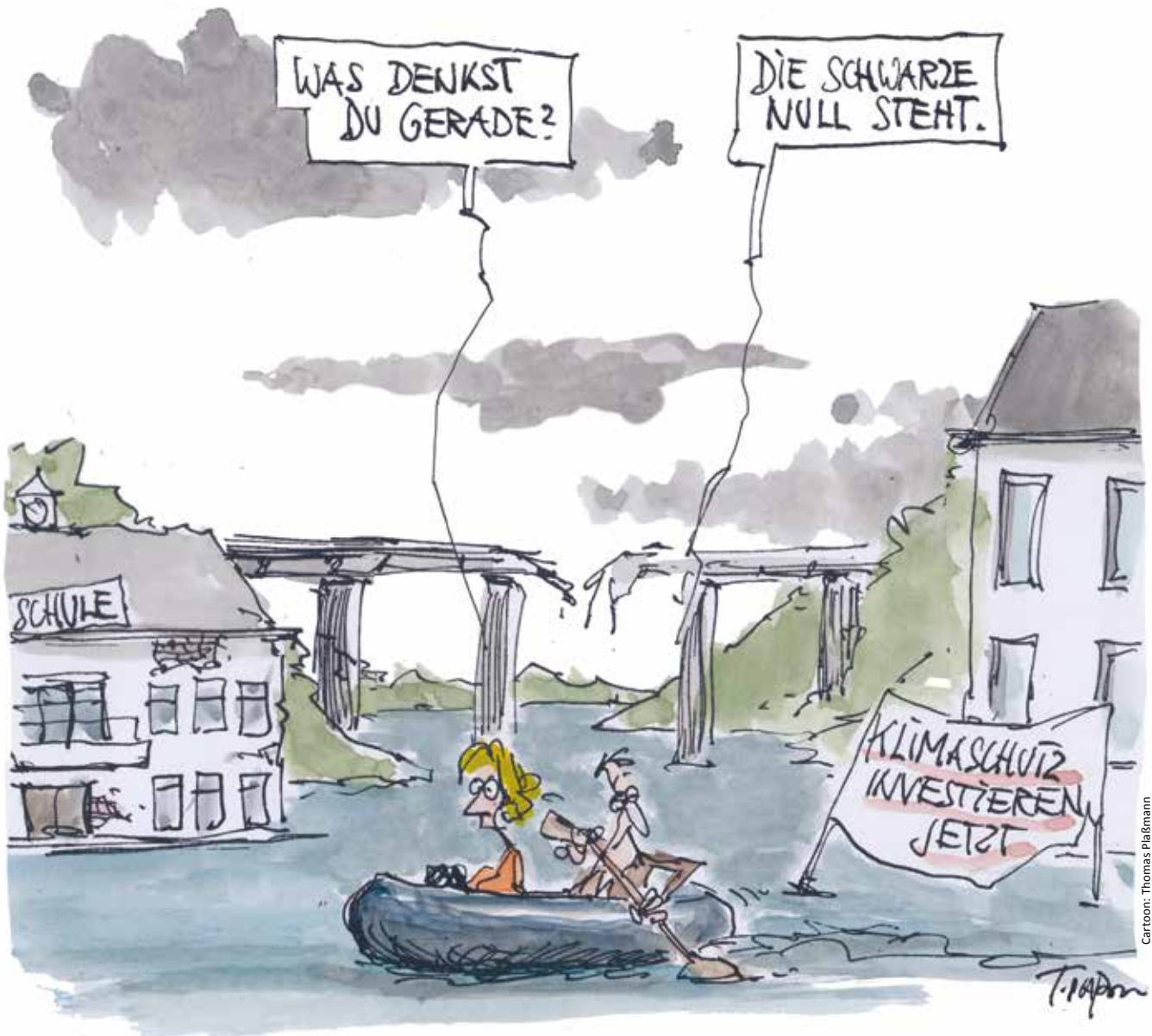



**ROCKET-TABLE**  
Sitzen. Stehen. Schieben.  
Der neue Schultisch.  
[www.rocket-edu.de](http://www.rocket-edu.de)

**Beamendarlehen - Beamtenkredit 10.000 € - 120.000 €**  
Vorteilszins für den öffent. Dienst  
Umschuldung: Raten bis 50% senken  
Baufinanzierungen echt günstig  
Kostenfrei anrufen  
**0800 - 1000 500**  
öD-Beratung seit 1976

**Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen**  
Unser Tiefzins  
Kredite umschulden!  
Echt sehr gut  
**AK-FINANZ**  
AK-Finanz Kapitalvermittlungs GmbH, E3, 11 Planken, 68159 Mannheim, Tel: (0621) 178180-0  
[info@ak-finanz.de](mailto:info@ak-finanz.de)

# DIESMAL



SCHULDENBREMSE WIRKT